

Synopsen der Innocracy25

Wie hältst Du's mit der Demokratie?



Von

Paulina Fröhlich, Juliane Baruck,
Carl Schüppel

Innocracy25

am 26. Juni 2025 in Berlin



Inhaltsverzeichnis

<u>Executive Summary</u>	3
<u>Einleitung</u>	5
<u>Konferenzprogramm</u>	8
<u>Synopsen der einzelnen Sessions</u>	9
1. Eröffnung	9
a. Wie hältst Du's mit der Demokratie?	9
b. Strukturbruch der liberalen Demokratie	11
2. Idee der Demokratie.....	14
a. Selbstkritik oder Selbstzerlegung: Welche Schuld tragen Demokrat:innen an der Demokratiekrise?.....	14
b. SIE MUSS LIEFERN! Muss sie liefern? – Zur Beziehung von Demokratie, Wohlstand und Ungleichheit.....	16
c. Macht der Bilder, Kraft der Narrative – Wie Politikstile und mediale Deutungen unsere Demokratie herausfordern.....	17
d. Ost und West: Same same but different?	20
e. Vom Schulterschluss zur Sollbruchstelle – Die Widersprüche der (internationalen) Neuen Rechten	21
3. Institutionen der Demokratie.....	24
a. Wie werden wir wehrhaft gegenüber zersetzenden Kräften?	24
b. 9 % Vertrauen – Was Parteien ändern müssen (wenn sie können)...	26
c. Demophobie? Für und Wider direkter und deliberativer Beteiligung.	27
4. Kultur der Demokratie	30
a. Demokratie lernen jenseits der Schule–Akteure, Formate, Wirkung	30
b. Mittel für den Zweck: Wer finanziert Demokratiearbeit und demokratische Innovationen?	32
c. Beziehungsstatus kompliziert – Kommunen im föderalen Gefüge....	34
d. KI: Künstlich informiert – Wer schützt die demokratische Öffentlichkeit?	36
5. Abschluss.....	38
a. Podcast: Auch das noch?.....	38
b. Zukunftsvertrauen – Wie Politik wieder überzeugen kann	40
c. Demokratie in (der) Transformation.....	42
<u>Liste der Speakers</u>	44
<u>Autor:innen</u>	47

Executive Summary

Mit der Leitfrage „Wie hältst Du's mit der Demokratie?“ rückte die Innocracy25, die siebte Ausgabe der Demokratiekonferenz des Progressiven Zentrums, die Demokratie selbst ins Zentrum. Ausgangspunkt war die Diagnose einer neuen Qualität der demokratischen Krise: Radikal-populistische und rechtsextreme Akteur:innen gewinnen international an Einfluss und attackieren systematisch Institutionen, Normen und Vertreter:innen der liberalen Demokratie. Dabei berufen sie sich auf eigene, illiberale Demokratieverständnisse. Ziel der Innocracy25 war es, konkurrierende Demokratieverstellungen sichtbar zu machen, Schwächen der liberalen Demokratie selbstkritisch zu analysieren – und auf dieser Grundlage Empfehlungen zu ihrer Stärkung zu formulieren. Diese Empfehlungen lassen sich in fünf Handlungsfeldern zusammenfassen:

 **1. Demokratie politisieren:** Demokrat:innen sollten ihr eigenes Verständnis einer liberalen Demokratie schrfen und dieses klar von illiberalen Vorstellungen abgrenzen – dazu gehört auch, sich auf rote Linien und einen gemeinsamen Umgang mit rechtsextremen Parteien zu verstndigen. Ambitionierte Demokratiepolitik erfordert institutionalisierte Räume für Aushandlung, Selbstkritik und Lernen. Sie sollte sowohl auf die Verteidigung demokratischer Institutionen als auch auf Reformen zur Verbesserung demokratischer Leistungsfähigkeit zielen.

 **2. Demokratische Öffentlichkeit schtzen:** Digitale Plattformen sollten stärker reguliert und Monopolstrukturen aufgebrochen werden. Hierfür bietet sich eine konsequente Umsetzung der bestehenden Regelungen des Digital Markets Act, des Digital Services Act und des Kartellrechts an. Langfristig sollten eigenständige europäische Kommunikationsinfrastrukturen aufgebaut werden. Qualitätsjournalismus und Lokalmedien sollten als demokratische Infrastrukturen geschtzt und Medien- und Informationskompetenzen gefördert werden.

3. Demokratielernen fördern: Demokratie sollte im Alltag gelebt werden können. Hierzu können niedrigschwellige politische Bildungsformate an Alltagsorten wie Bibliotheken, neue Begegnungsrme sowie innovative Demokratieprojekte beitragen. Um Letztere zu ermöglichen, sollte verstrkrt auf langfristige, institutionelle Projektförderungen, systematische Wirkungsevaluation und Kooperationen von Staat und privaten Stiftungen gesetzt werden.

4. Beteiligung und Repräsentation stärken: Direkte, deliberative und repräsentative Demokratieformen ergänzen einander. Neue Beteiligungsformate können demokratische Legitimation insbesondere dann verbessern, wenn sie Menschen einbeziehen, die sich bisher nicht beteiligen, und ihre Ergebnisse von der Politik aufgegriffen werden. Parteien sollten ihre Repräsentationsfunktion stärken, indem sie gesellschaftliche Vielfalt abbilden, mehr Menschen ohne

Parteikarrieren Spitzenämter ermöglichen, stärker vor Ort präsent sind und sich klarer profilieren.

5. Staatliche Leistungsfähigkeit verbessern: Demokratie sollte spürbare Alltagsverbesserungen liefern – etwa durch Investitionen in öffentliche Infrastruktur, Bildung, soziale Sicherungssysteme und die Handlungsfähigkeit der Kommunen sowie durch die Verringerung materieller Ungleichheiten. Diese Fortschritte sollten durch gute politische Kommunikation sichtbar gemacht werden. Gleichzeitig sollte politische Kommunikation realistische Erwartungen an die Möglichkeiten staatlichen Handelns vermitteln.

(+)

(+)

Einleitung

Die Innocracy²⁵, die große Demokratiekonferenz des Progressiven Zentrums 2025, war etwas Besonderes. Denn anders als in den vergangenen Jahren wählten wir kein Fokusthema wie Klimapolitik, Sicherheit oder Künstliche Intelligenz, sondern beschäftigten uns mit der Krise der Demokratie selbst. Die Qualität dieser Krise hatte sich in nur wenigen Jahren derart verschärft, dass sie es in unseren Augen verdiente, selbst ins Zentrum gestellt zu werden.

2023 fand die letzte Innocracy-Konferenz statt.¹ Demokratiepolitisch war das eine andere Welt. Damals hatte die AfD 83 Sitze im Bundestag, heute sind es 151. Die vom Verfassungsschutz in der Zwischenzeit als gesichert rechtsextremistisch eingestufte Partei holte bei den Bundestagswahlen im Frühjahr letzten Jahres 20,8 Prozent der Stimmen und liegt derzeit bei über 25 Prozent; meist ist sie vor der Union die stärkste Kraft. Vor zwei Jahren regierten in den USA Joe Biden und Kamala Harris, heute befinden wir uns mitten im antidemokratischen Fiebertraum einer zweiten Amtszeit Donald Trumps. Dabei setzt der US-Präsident das rechtsautoritäre Programm des Project 2025² in solch einem Tempo um, dass Journalist:innen, Richter:innen und die Zivilgesellschaft kaum hinterherkommen. Die Aufzählung ließe sich weiter fortführen: Radikale Populist:innen und Rechtsextremist:innen feiern Erfolge weltweit – und münzen jeden Millimeter Einfluss um in Attacken auf demokratische Institutionen, Werte, Akteure und Prozesse.

Wenn man jedoch den Wahlplakaten der rechtsradikalen Populist:innen Glauben schenken mag, ist ihr Einflussgewinn gar nicht problematisch für Demokrat:innen. Denn: Sie handeln für die Demokratie. Für eine bessere, echtere, für die „wahre“ Demokratie, so die Slogans. Die Politisierung der Demokratie ist per se nichts Neues. Neu jedoch ist, dass das Momentum zur Politisierung der Demokratie aufseiten der radikalen Populist:innen und Rechtsextremist:innen liegt und sie dies mitsamt einer umfänglichen Agenda tun: Sie präsentieren eine eigene Demokratiedeutung, die sich gänzlich davon unterscheidet, was wir derzeit als liberale Demokratie leben.

In der siebten Ausgabe der Innocracy am 26. Juni 2025 im Berliner Zentrum für Kunst und Urbanistik wollten wir deshalb unter der Leitfrage „Wie hältst Du's mit der Demokratie?“ auf divergierende Demokratiedeutungen hinweisen, Demokrat:innen

1 Eine Zusammenfassung der Diskussionsergebnisse der Innocracy23 findet sich im Papier Demokratiepolitik in der Klimakrise Spannungsfelder und Reformvorschläge.

2 Der im April 2023 von der Heritage Foundation veröffentlichte Plan beschreibt detailliert, wie die Exekutivgewalt in den USA stärker auf Trump ausgerichtet werden soll.

zur selbstkritischen Reflexion über die Schwächen und Reformnotwendigkeiten der liberalen Demokratie anregen und ein Verständnis dafür schaffen, dass es sich lohnt, als Demokrat:innen gefestigt und geeint radikalen Populist:innen und Extremist:innen gegenüberzutreten.

Aus dieser Perspektive heraus haben wir **17 Sessions** konzipiert – fünf thematisch breite Eröffnungs- und Abschlusssessions und 12 Sessions zu Teilaспектen der Demokratie. Zur besseren Orientierung haben wir die Teilaspekte in drei Arenen der Demokratie gebündelt:

Idee der Demokratie: Welche Qualität hat die Krise der liberalen Demokratie international erreicht und welche Verantwortung trägt sie selbst dafür? Welche Demokratieverständnisse und -behauptungen werden gegeneinander ins Spiel gebracht? Welche Versprechen gehen mit der liberalen Demokratie einher und welche Enttäuschungen produziert sie?

Institutionen der Demokratie: Welche Rolle spielen die unterschiedlichen demokratischen Institutionen wie Parteien, Parlamente, Verwaltung und Gerichte, aber auch Medien für die Resilienz der Demokratie? Welche politischen und juristischen Fallstricke gibt es beim Ausbau der Wehrhaftigkeit? Wie gelingen demokratische Reformen?

Kultur der Demokratie: Wo und wie werden demokratische Kompetenzen wie Toleranz, Konflikt- und Kompromissfähigkeit gelebt, geschult, aber auch verlernt? Wie können Spannungsfelder, wie kann zwischen Meinungsfreiheit und notwendigen Regulierungen, demokratisch verhandelt werden? Was braucht kommunales Ehrenamt, um resilient zu sein?

Damit die vielen klugen Fragen, Argumente und Ideen, die auf der Konferenz von mehr als 70 Speakers und insgesamt 550 Gäst:innen (eine Steigerung zur Innocracy23 um ganze 94 Prozent!) vorgebracht wurden, nicht verpuffen, wollen wir im Folgenden versuchen, mehr als 21 Stunden Bühnendiskussionen in Form von prägnanten **Synopsen** auf wenige Seiten zu kondensieren.

Um einen schnellen Überblick und sessionübergreifende Vergleiche zu ermöglichen, haben wir alle Synopsen gleich aufgebaut: Zuerst beschreiben wir die in der Session thematisierte **Herausforderung** und die daraus folgenden **relevanten Fragestellungen**. Die hierauf vorgebrachten **Meinungen und Argumente** fassen wir nicht chronologisch, sondern inhaltlich zusammen – ohne sie konkreten Speakers zuzuordnen, um die vertrauliche Atmosphäre der Innocracy zu wahren. Den Abschluss jedes Synopse bilden **Forderungen aus der Session** und eine prägnante **Key Message**.

Wir wollen herzlichst Danke sagen: den vielen Gäst:innen und Speakers der Innocracy25, dem wundervollen Team des Progressiven Zentrums und den Partnern, ohne deren Engagement es nicht möglich gewesen wäre, die Konferenz ins Leben zu rufen: Campact, der Deutschen Postcode Lotterie, der Robert Bosch Stiftung, openPetition, der Bertelsmann Stiftung, dem Zentrum für neue Sozialpolitik, der ZEIT Stiftung Bucerius sowie als Sessionpartner der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Excellenzcluster Politics of Inequality der Universität Konstanz und der Allianz Foundation.

Wir wünschen Euch und Ihnen viel Freude beim Revuepassieren und Gedankendurch- und weiterdenken!

Paulina Fröhlich, Juliane Baruck und Carl Schüppel



Konferenzprogramm

09:00–09:30

Eröffnung: Wie hältst Du's mit der Demokratie?

09:30–10:30

Strukturbruch der liberalen Demokratie

11:00–12:30 Sessions Teil 1

- Idee: Selbstkritik oder Selbstzerlegung: Welche Schuld tragen Demokrat:innen an der Demokratiekrisse?
- Institutionen: Wie werden wir wehrhaft gegenüber zersetzen den Kräften?
- Kultur: Mittel für den Zweck: Wer finanziert Demokratiearbeit und demokratische Innovationen?
- Kultur: Demokratie lernen jenseits der Schule – Akteure, Formate, Wirkung

13:30–15:00 Sessions Teil 2

- Idee: SIE MUSS LIEFERN! Muss sie liefern? – Zur Beziehung
- von Demokratie, Wohlstand und Ungleichheit; Sessionpartner: Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“
- Institutionen: 9% Vertrauen – Was Parteien ändern müssen (wenn sie können)
- Kultur: Beziehungsstatus kompliziert – Kommunen im föderalen Gefüge
- Idee: Macht der Bilder, Kraft der Narrative – Wie Politikstile und mediale Deutungen unsere Demokratie herausfordern; Sessionpartner: Heinrich-Böll-Stiftung, Allianz Foundation

15:30–17:00 Sessions Teil 3

- Idee: Ost und West: Same same but different?
- Institutionen: Demophobie? Für und Wider direkter und deliberativer Beteiligung
- Idee: Vom Schulterschluss zur Sollbruchstelle – Die Widersprüche der (internationalen) Neuen Rechten
- Kultur: KI: Künstlich informiert – Wer schützt die demokratische Öffentlichkeit?

17:20–18:00

Live-Podcast DIE ZEIT: Auch das noch?

18:00–18:45

Panel Zukunftsvertrauen – Wie Politik wieder überzeugen kann

18:45–19:15

Demokratie in (der) Transformation

Synopsen der einzelnen Sessions

1. Eröffnung

a. Wie hältst Du's mit der Demokratie?³

Speakers:

Paulina Fröhlich (Stellvertretende Geschäftsführerin und Leitung Resiliente Demokratie, Das Progressive Zentrum)⁴, Juliane Baruck (Projektmanagerin, Das Progressive Zentrum/Projektleiterin, Hallo Bundestag)

[Zur Aufzeichnung](#)

Herausforderung:

- Die systematische Umdeutung des Demokratiebegriffs durch radikale Populist:innen und Rechtsextremist:innen. Sie behaupten, die „wahre Demokratie“ zu verteidigen – zielen tatsächlich aber auf ihre Aushöhlung.
- Die liberale Demokratie ist zahlreichen Vorwürfen ausgesetzt. Zu den prominentesten gehören ein strategisches Vakuum auf Seiten der Demokrat:innen sowie selbstverschuldete Schwächen des demokratischen Systems wie eine elitäre Distanz zwischen Politik und Bevölkerung, die zunehmende Verrechtlichung politischer Entscheidungen, ein Mangel an sichtbarem Output sowie die (Mit-)Normalisierung des Antidemokratischen.

Relevante Fragestellungen:

- Was meinen wir, wenn wir „Demokratie“ sagen – und wie können Demokrat:innen von Mitte rechts bis Mitte links einig Demokratie kommunizieren und dabei Extremist:innen zweifelsfrei ausschließen?
- Was hilft konkret gegen die strategischen Umdeutungsversuche des Demokratiebegriffs?

Wesentliche Punkte:

- Es wurden drei Erklärungsansätze für die „Wahre-Demokratie“-Rhetorik radikaler Akteure herausgearbeitet:
 - ↳ Die plumpen Verhüllungstaktik: Demokratie wird nur behauptet, um extremistische Ziele zu verschleiern.
 - ↳ Die radikal andere Demokratiedeutung: Der

3 Die Inhalte dieser Session basieren auf dem von Paulina Fröhlich, Juliane Baruck und Carl Schüppel verfassten Diskussionspapier [Wie hältst Du's mit der Demokratie?](#)

4 Positionsbezeichnungen sind auf dem Stand des Konferenztages (26. Juni 2025). Paulina Fröhlich ist mittlerweile als Senior Expert Demokratie und Zusammenhalt bei der Bertelsmann Stiftung tätig.

Demokratiebegriff wird durch radikal andere Demokratieverständnisse bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. Auftrieb erfahren derzeit autoritäre Deutungen (wesentliche Merkmale: ein homogener „Volkswille“, politische Teilhabe nur für Staatsangehörige, Anti-Repräsentativität und ein ethnokulturelles Volksverständnis, das dennoch Ausschlüsse zulässt) sowie rechtslibertäre Deutungen (wesentliche Merkmale: Minimalstaat, Markoliberalismus und eine egozentrische Freiheitsauffassung).

- ↳ Das strategische Umdeutungsmanöver: Demokratie wird auf reine Mehrheitsverhältnisse reduziert, um dem eigenen Machtanspruch Legitimität zu verleihen.
- Solange die AfD als antidemokatisch gilt, wird keine demokratische Kraft sie an der Macht beteiligen. Antidemokrat:innen versuchen die Brandmauer mit zwei Strategien zu umgehen:
 - ↳ Auf die Zunge beißen: Die Vertreter:innen mäßigen sich sprachlich, ohne sich inhaltlich zu verändern.
 - ↳ Als normal labeln: Die Vertreter:innen stellen ihre extremistischen Positionen als normale Positionen innerhalb des demokratischen Spektrums dar.

Forderungen aus der Session:

- Die Demokratie sollte von Demokrat:innen stärker politisiert werden. Das umfasst, sich mit divergierenden Demokratieverständnissen stärker auseinanderzusetzen sowie kontinuierlich auszuhandeln und sich selbst zu vergewissern, was unter Demokratie verstanden wird, inklusive einer Verständigung auf gemeinsame rote Linien.
- Es braucht mehr Demokratiepolitik – also institutionalisierte Räume für Aushandlungen, Fehlerkultur und Selbstkritik – mit zwei zentralen Stoßrichtungen:
 - ↳ Verteidigung, z. B. durch die Verankerung von Status und Organisation des Bundesverfassungsgerichts in Art. 93 GG und Aufklärung extremistischer Netzwerke;
 - ↳ Weiterentwicklung, z. B. durch ein modernes Wahlrecht, transparente Parlamente, substanzelle Bürger:innenbeteiligung und bessere politische Bildung.

Demokrat:innen sollten sich intensiv mit divergierenden Demokratieverständnissen beschäftigen, ihr eigenes streng verteidigen und dennoch Selbstkritik üben, um radikalen Populist:innen und Rechtsextremist:innen gefestigt und geeint entgegentreten zu können.

b. Strukturbruch der liberalen Demokratie**Speakers:**

Cathryn Clüver Ashbrook (Executive Vice President und Senior Advisor, Bertelsmann Stiftung), Josephine Ortleb (Vizepräsidentin und Mitglied des Deutschen Bundestages, SPD), Jürgen Czernohorszky (Amtsführender Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal in Wien, SPÖ)

Moderation:

Maria Skóra (Visiting Fellow, European Policy Centre/Policy Fellow, Das Progressive Zentrum)

[Link zur Aufzeichnung](#)

Herausforderung:

- Die liberale Demokratie durchläuft einen tiefgreifenden Strukturbruch, formelle und informelle demokratische Normen werden von antidemokratischen Kräften strategisch ausgehöhlt.
- Das bedeutendste Beispiel hierfür ist derzeit die zweite Präsidentschaft Donald Trumps, die systematisch auf die Abschaffung des Rechtsstaats zielt.
- Auch in Österreich und Deutschland gewinnen antidemokratische Parteien an Zuspruch und werden zum Teil durch Medien und einige konservative Akteure immer weiter normalisiert.

Relevante Fragestellungen:

- Wie zeigt sich der Strukturbruch der liberalen Demokratie in den USA, Österreich und Deutschland?
- Warum sind antidemokratische Kräfte in allen drei Ländern bei demokratischen Wahlen so erfolgreich, obwohl sie die Demokratie aushöhnen?
- Was kann Deutschland aus Österreich und den USA lernen, um resilenter gegenüber zersetzenden Kräften zu werden sowie um Vertrauen und Zufriedenheit mit der liberalen Demokratie zu erhöhen?
- Was müsste passieren, damit Wähler:innen extremistischer Parteien von diesen ablassen?

Wesentliche Punkte:**USA**

- Historische Ursachen für Trumps Aufstieg sind materielle Enttäuschungen nach der Finanzkrise 2007/2008 – 88 Prozent der Bevölkerung sehen den amerikanischen Traum seitdem als gescheitert an – sowie eine gezielte Obstruktionspolitik gegen Kompromisskultur seit den 1980er Jahren. Zudem konnte sich Trump in seiner ersten Amtszeit als Resonanzkörper für drei gesellschaftliche Bewegungen positionieren: diejenigen, die den obersten Gerichtshof umbauen wollen, diejenigen, die das flächendeckende Recht auf Abtreibung abschaffen wollen, und

diejenigen, die das öffentliche Bildungssystem auf der Basis der Umdeutung eines Freiheitsgedankens verändern wollen. Mit einer Dynamik der Sorge und des Schmerzes vermochte er es, insbesondere Nichtwähler:innen zu mobilisieren.

- Eine zentrale Strategie der MAGA-Anhänger:innen ist „Bread-crumbing“ – sie schaffen juristische Präzedenzfälle, um damit Demokratieabbau legitimieren zu können.
- Die USA haben sich immer wieder durch schwere Perioden gerettet, sie sind ein lernendes System. Das zeigt sich derzeit vor allem auf lokaler und regionaler Ebene.

Österreich

- Das Land ist kein Vorbild, wie die Demokratie verteidigt werden kann. Konservative Kräfte haben aufgegeben, Brandmauer zu sein und mit der Instrumentalisierung der Flüchtlingsbewegung 2015 zur Polarisierung der Gesellschaft beigetragen. Die Stärke der FPÖ und die Schwäche der etablierten Parteien hängen dabei zusammen. Die Sozialdemokrat:innen waren zu sehr mit sich selbst beschäftigt und die letzte Regierung hat in den Augen vieler Wähler:innen nicht geliefert. Wie in den USA hat auch die größer werdende Ungleichheit zum Erfolg von radikalen Populist:innen beigetragen.
- In Wien haben liberale und progressive Kräfte zuletzt fast 70 Prozent der Stimmen erhalten. Die Re-Demokratisierung geht, wie auch in den USA, vor allem von den Städten aus. Wien hat die reelle Basis von Demokratie mit Erfolg ins Zentrum der Politik gerückt – das gute Leben, bezahlbares Wohnen und zugängliche Bildungsangebote. Außerdem hat es Räume geschaffen, an denen verschiedene Menschen zusammentreffen und Momente der Ermächtigung spüren können. Besonders wichtig bei solchen Angeboten ist die niedrigschwellige Ansprache.

Deutschland

- In Deutschland ist nach Ansicht einer Panelistin der richtige Zeitpunkt für ein Prüfverfahren der Verfassungsmäßigkeit der AfD gekommen, auch wenn der juristische Ausgang ungewiss ist.
- Da viele Normen im Bundestag Gewohnheitsrecht sind, sollten diese in der Geschäftsordnung festgeschrieben werden, um das Parlament abzusichern.
- Wichtig ist, dass Parteien vor Ort präsenter sind und deutlich machen, dass die AfD keine normale Partei ist.
- Demokratieprojekte müssen staatlich gefördert werden. Dabei sollten junge Menschen besonders in den Blick genommen werden, vor allem Jungen wegen ihrer tendenziell größeren Neigung zur AfD.

Forderungen aus der Session:

- Demokrat:innen sollten versuchen, die Strategien von Gegnern der liberalen Demokratie zu verstehen und entsprechend zu parieren, etwa indem sie Parteispenden genau durchleuchten und ungeschriebene Regeln formalisieren.

- Es braucht mehr lokale Mitgestaltungsmöglichkeiten, die auf die Teilhabe gerade jener Menschen zielen, die sich bisher nicht beteiligen.
- Die materielle Basis von Demokratie sollte gestärkt werden – durch eine Politik, die im Alltag liefert.

Demokratie muss strukturell verteidigt und gesellschaftlich gelebt werden. Das gelingt durch Beteiligungsangebote vor Ort, die alle einbeziehen, und eine Politik, die soziale Gerechtigkeit ins Zentrum rückt.

(+)

(+)

2. Idee der Demokratie

Welche Qualität hat die Krise der liberalen Demokratie international erreicht und welche Verantwortung trägt sie selbst dafür? Welche Demokratieverständnisse und -behauptungen werden gegeneinander ins Spiel gebracht? Welche Versprechen gehen mit der liberalen Demokratie einher und welche Enttäuschungen produziert sie?

a. Selbstkritik oder Selbstzerlegung: Welche Schuld tragen Demokrat:innen an der Demokratiekrisen?

Speakers:

Katrin Göring-Eckardt (Vizepräsidentin a. D. und Mitglied des Deutschen Bundestages, Bündnis 90/Die Grünen), Philip Manow (Professor für Internationale Politische Ökonomie, Universität Siegen), Maja Wallstein (Mitglied des Deutschen Bundestages, SPD), Tijen Ataoğlu (Mitglied des Deutschen Bundestages, CDU)

Moderation:

Julia Reuschenbach (Politikwissenschaftlerin und Autorin, Freie Universität Berlin)

[Link zur Aufzeichnung](#)

Herausforderung:

- Politische Eliten und Bürger:innen wirken zunehmend entfremdet.
- Eine aus Sicht einiger Panelist:innen übermäßige Verrechtlichung der Politik – insbesondere durch zunehmend selbstbewusste Verfassungsgerichte und die Verlagerung von Kompetenzen auf die europäische Ebene – schränkt ihre Gestaltungsspielräume ein.
- Es mangelt an sichtbarem politischen Output.
- Demokratische Kräfte entscheiden sich teilweise dafür, antidemokratische Positionen zu normalisieren.

Relevante Fragestellungen:

- Wie kann die Entfremdung zwischen Bürger:innen und politischen Eliten reduziert werden?
- Wie können politische Selbstkorrekturmechanismen gestärkt werden, ohne das Rechtsstaatsprinzip zu untergraben?
- Wie sollte Politik mit dem Vorwurf umgehen, nicht zu „liefern“?
- Welche politischen Reaktionen auf den Aufstieg der AfD sind sinnvoll?

Wesentliche Punkte:

- Abgeordnete sind viel in ihrem Wahlkreis unterwegs und mit ihren Wahlkreisbüros lokal präsent. Der Vorwurf einer Entfremdung zwischen Politik und Bürger:innen ist deshalb zuweilen unfair. Allerdings muss die kommunikative Brücke zwischen Politik und Bürger:innen gestärkt werden – durch ernsthaftes Zuhören und Verständnis für andere Lebensrealitäten.

- (+)
- Durch Verfassungsverrechtlichung und europäische Integration sind viele Politikbereiche aus der demokratischen Arena verschwunden. Das hat zu einem „liberalen Overstretch“ geführt, der antideokratische Gegenreaktionen begünstigte. Besonders problematisch ist die Übertragung deutscher Verfassungsmodelle auf Länder mit grundlegend anderen institutionellen Voraussetzungen wie Polen oder Ungarn. Andere Panelist:innen widersprachen der Analyse und verwiesen auf die Verfassungsgerichtsbarkeit als Grundpfeiler der liberalen Demokratie sowie die Vorzüge der europäischen Integration.
 - Man kommt der extremen Rechten nicht bei, indem man inhaltliche Probleme löst. Viele Menschen, die radikale Änderungen fordern, wollen eigentlich, dass sich nichts ändert. Man sollte nicht glauben, dass die AfD ein ganz normaler Player wäre. Eine andere Panelistin widersprach und meinte: Sorgen der Menschen müssen von den Abgeordneten ernst genommen werden, auch wenn ihnen deren Meinung nicht gefällt.

Forderungen aus der Session:

- Die lokale Präsenz von Abgeordneten sollte weiter gestärkt werden.
- Die Rolle des Rechtsstaates und der Europäischen Union muss besser an Bürger:innen kommuniziert werden.
- Politiker:innen sollten die Sorgen der Menschen ernst nehmen – ohne zu glauben, dass man die AfD allein mit materieller Politik stoppen kann.
- Es ist wichtig, Demokratie als gestaltbar erlebbar zu machen und gleichzeitig realistische Erwartungen an staatliche Handlungsmöglichkeiten zu vermitteln.
- Demokratische Kräfte sollten sich klar von der AfD abgrenzen statt ihre Narrative zu übernehmen.
- Es braucht eine bessere Fehlerkultur in der Politik.

(+)

In der aktuellen Situation braucht es konstruktive Selbstkritik aller Demokrat:innen. Abgeordnete müssen lokal noch präsenter werden, ehrlich kommunizieren – und sich klar von der AfD abgrenzen.

b. SIE MUSS LIEFERN! Muss sie liefern? – Zur Beziehung von Demokratie, Wohlstand und Ungleichheit**Speakers:**

Marius Busemeyer (Professor für Politikwissenschaft, Universität Konstanz/Sprecher des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“), Alexander Petring (Referatsleiter, Bundesministerium der Finanzen), Naika Foroutan (Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik, Humboldt-Universität zu Berlin), Philip Manow (Professor für Internationale Politische Ökonomie, Universität Siegen)

Moderation:

Mark Schieritz (Stellvertretender Ressortleiter Politik, DIE ZEIT)

[Link zur Aufzeichnung](#)

Herausforderung:

- Freie Gesellschaften haben das Problem, in einem kapitalistischen System zwischen politischer Gleichheit und ökonomischer Ungleichheit zu vermitteln.
- Es gibt eine Gleichzeitigkeit sinkender Zufriedenheit mit der Demokratie, zunehmender sozialer Ungleichheit und steigender Partizipationsmöglichkeiten.
- Politische Teilhabe hat massiv zugenommen, ist aber nicht automatisch demokratistabilisierend, sondern äußert sich auch in rechten Strukturen.
- Mehr Teilhabe allein baut Ungleichheit nicht ab. Ausgrenzung erfolgt trotzdem aufgrund bestimmter Marker wie Herkunft, Geschlecht und Religion.

Relevante Fragestellungen:

- Geht Demokratie notwendigerweise mit einem Wohlstandsversprechen einher?
- Welche Verantwortung gibt es in Demokratien, der Ungleichheit zu begegnen, und wo endet diese Verantwortung?
- Ist es ein Problem für demokratische Systeme, dass zwar alle eine Stimme, aber nicht das gleiche Einkommen haben?
- Wie effektiv sind politische Strategien, die nur auf Output-Legitimität fußen?
- Wie lässt sich der Erfolg der AfD trotz neoliberalen Politikangebot erklären?

Wesentliche Punkte:

- Demokratie geht – wie das Beispiel China zeigt – nicht zwangsläufig mit Wohlstand einher. Auch historisch betrachtet, wurde der Wohlstand in Westeuropa nicht nur durch Demokratie aufgebaut, sondern vor allem auch durch Kolonialismus und Imperialismus.
- Das Verhältnis zwischen Demokratie und Ungleichheit ist nicht

monokausal. Wohlstand ist Voraussetzung für demokratische Stabilität. Aber Demokratie ist nicht nur die abhängige Variable, sondern auch die unabhängige Variable, um kapitalistische Systeme funktionsfähig zu machen.

- Der Sozialstaat ist die entscheidende Stellschraube in dem Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Ungleichheit. Er kann die Spannung befrieden, aber auch als Verstärker von Ungleichheiten wirken.
- Nicht nur absolute, sondern relative Deprivation ist zentral. Sie ist zentrales Element der Strategie von Rechtspopulisten und erzeugt Ressentiments und Wohlfahrtschauvinismus.
- Die neue Spaltung in der Gesellschaft läuft entlang von Bildung. Bildung muss die zentrale neue Sozialpolitik sein. Gleichzeitig lässt sich durch Investitionen in Bildung nicht alles ändern, Demokratie ist nicht die Herrschaft der Vernünftigen und darf nicht so erscheinen. Die neue Rechte wird maßgeblich von intellektuellen Eliten getragen.

Forderungen aus der Session:

- Es sollte differenzierter betrachtet werden, was Demokratie liefern muss.
- Es braucht einen gut arbeitenden Sozialstaat, um politisches Vertrauen wieder aufzubauen zu können.
- Die staatliche Leistungsfähigkeit muss wiederhergestellt und vermittelt werden – durch Investitionen in öffentliche Güter und den Abbau von Bürokratie.

Demokratien geraten unter Druck, wenn politische Gleichheit auf massive ökonomische Ungleichheit trifft. Für mehr Demokratievertrauen braucht es soziale Teilhabe, vor allem aber einen Sozialstaat, der materielle Ungleichheiten gezielt adressiert.

c. Macht der Bilder, Kraft der Narrative – Wie Politikstile und mediale Deutungen unsere Demokratie herausfordern

Speakers:

Vanessa von Hilchen (Leitung politische Kommunikation, Zentrum für neue Sozialpolitik), Ole Meinefeld (Leiter Grüne Akademie und Referent Zeitdiagnose und Diskursanalyse, Heinrich-Böll-Stiftung), Simon Morris-Lange (Forschungsleiter, Allianz Foundation), Kristina Weissenbach (Direktorium NRW School of Governance, Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen)

Moderation:

Maria Menzel-Meyer (Leiterin Strategische Kommunikation, Das Progressive Zentrum)

In dieser Session wurden exklusive Einblicke in die bisher unveröffentlichte Studie „Politikstile, Deutung und Demokratievertrauen“ der Heinrich-Böll-Stiftung und NRW School of Governance sowie in die „Allianz Foundation Next Generations Study 2025“ gegeben.

Herausforderung auf Grundlage der beiden Studien:

- In einer Zeit von Umbrüchen und Verunsicherungen, sinkendem Politikvertrauen, erodierenden Milieus und unklaren Planungshorizonten sind emotionale und symbolische Repräsentation stärker nachgefragt als substantielle und deskriptive Repräsentation. Außerdem sind Politikstile, also die Art und Weise zu handeln, mit der individuelle Personen öffentlich identifiziert werden, ein wichtiger Vertrauensanker. Politikstile werden in den Leitmedien jedoch vorrangig kritisch und durch eine personalisierte Linse betrachtet – negative Assoziationen wie Dominanz oder Unsachlichkeit überwiegen. Besonders negativ werden in den Medien Charakter und Rhetorik von Politiker:innen beschrieben.
- Das Gefühl politischer Entfremdung und der Wunsch nach Rückbesinnung und der Wiederherstellung eines idealisierten früheren Zustands sind in der Bevölkerung weit verbreitet. Viele Menschen verspüren eine totale Überforderung und Desorientierung und suchen deshalb einfache Antworten auf komplexe Fragen, die Demokrat:innen nicht geben können. Davon profitieren autoritär-populistische Bewegungen und Parteien. Etwa 10 Prozent der Bevölkerung befinden sich im Backlash, d. h. einer heftigen Gegenreaktion oder starken Ablehnung gegenüber gesellschaftlichen oder politischen Entwicklungen, bei der auch Tabubrüche, Hass und Gewalt gebilligt werden.

Relevante Fragestellungen:

- Welche Schlussfolgerungen lassen sich für die liberale Demokratie ziehen, wenn emotionale und symbolische Repräsentation stärker nachgefragt sind als substantielle und deskriptive Repräsentation?
- Was bedeutet es für demokratische Politik, wenn Politikstile in den Medien vorrangig kritisch und personalisiert betrachtet werden? Wie ist das Zusammenspiel von Sender:innen und Empfänger:innen in der repräsentativen Demokratie?
- Wie kommt es, dass sich Menschen durch Backlash-Politik abgeholt fühlen?
- Wie können Demokrat:innen die Kraft der Narrative besser für sich nutzen?
- Haben Demokrat:innen zu viel Angst vor negativen Emotionen?

Wesentliche Punkte:

- Die negative Deutung von Politikstilen trägt zum Vertrauensverlust der Politik bei. Der gesellschaftliche Anspruch an Repräsentant:innen ist sehr hoch. Auch wenn man E-Auto fährt und auf das Fliegen verzichtet, kann man als Politiker:in nicht alles richtig machen – hier haben es Antidemokrat:innen leichter

- (+)
- Backlash-Befürwortung ist ein Prozess und kein unveränderbares Personenmerkmal. Sie vollzieht sich in vier Etappen: 1. ein tief sitzendes Gefühl der Entfremdung vom politischen System entsteht, gepaart mit 2. dem Wunsch nach politischen Kurskorrekturen (der „Nährboden“). Dieser Wunsch wird 3. rechtspopulistisch aufgeladen als Rückbesinnung auf die, die zu „uns“ gehören (die „Saat“). Schließlich erfolgt 4. die „Ernte“ der Backlasher, d. h. eine Person ist so sehr von einer politischen Rolle rückwärts überzeugt, dass sie diese mit allen Mitteln umgesetzt sehen will.
 - Die größte Risikogruppe für den Backlash sind junge Männer – ihre Einstellungen und Diskursräume sollten deshalb weiter untersucht werden.
 - Sichtbarkeit, etwa auf Social Media, kann zu einer positiveren Wahrnehmung von Politik führen, ist aber nicht gleichbedeutend mit effektiver Politik. Ohne echte inhaltliche Auseinandersetzung und Kompromissfindung funktioniert Politik nicht
 - Es ist häufig einfacher, Menschen mit negativen Emotionen wie Wut oder Angst zu mobilisieren als mit positiven Zukunftsaussichten. Demokrat:innen können jedoch auch selbst Emotionen wie Wut produktiv nutzen, z. B. beim Thema Wohnungsmangel, und versuchen, mit Emotionen wie Freude Menschen zu mobilisieren.

Forderungen aus der Session:

- (+)
- Die Gesellschaft muss Backlash als rechtspopulistische Mobilisierungsstrategie besser verstehen und wirksame Gegenmittel entwickeln.
 - Gute politische Kommunikation und Erzählungen reichen nicht. Es braucht kluge Realpolitik, die dazu führt, dass es Menschen besser geht.
 - Als konkrete Policy-Forderungen wurden Plattformregulierung, Geld für Demokratieförderung, die Stärkung von Qualitätsjournalismus und mehr politische Bildung genannt.

Politikstile und Deutungen beeinflussen Demokratievertrauen.
Um dem Gefühl politischer Entfremdung zu begegnen, braucht es Plattformregulierung, Qualitätsjournalismus, politische Bildung – und kluge Politik, die spürbare Verbesserungen schafft.

d. Ost und West: Same same but different?**Speakers:**

Mai-An Nguyen (Leiterin Theaterpädagogik, Berliner Schaubühne), Christiane Scholz (Referentin für Forschung, Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland), Bettina Westle (Professorin für Methoden der Politikwissenschaft und empirische Demokratieforschung i. R., Philipps-Universität Marburg), René Wilke (Minister des Innern und für Kommunales, Land Brandenburg)

Moderation:

Michael Miebach (Vorstandsmitglied, Das Progressive Zentrum)

Herausforderung:

- Ost- und Westdeutschland bleiben verschieden: Ostdeutsche sind älter, weißer und männlicher als Westdeutsche, sie sind in Führungspositionen unterrepräsentiert, politische Parteien haben weniger Mitglieder und Vereine engagieren sich weniger gesellschaftspolitisch.
- Populistische Einstellungen sind in der ostdeutschen Bevölkerung stärker verbreitet als im Rest des Landes. Ostdeutsche sind unzufriedener mit der jeweiligen Regierung, dem Funktionieren der Demokratie und der Idee der Demokratie an sich, sehen größere Defizite, etwa bei der Pressefreiheit. Auch die Systemalternative des Sozialismus findet mehr Zustimmung – die Realität des Sozialismus in Form der DDR gewinnt seit einigen Jahren sogar an Unterstützung.
- Mit Blick auf Demokratieverständnisse und AfD-Erfolge nähert sich Westdeutschland zunehmend Ostdeutschland an.

Relevante Fragestellungen:

- Was wissen wir über die Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Demokratiezufriedenheit und Wahlgewinnen der AfD in Ost- und Westdeutschland?
- Wie unterscheiden sich Bedarfe – gibt es spezifische Ost- und spezifische West-Probleme?
- Braucht es als Reaktion eine regionale Demokratiepolitik und was könnten erste Eckpunkte einer solchen sein?

Wesentliche Punkte:

- Es ist umstritten, ob sich politische Einstellungen durch Sozialisation in der Jugendzeit oder die aktuellen Lebensverhältnisse erklären lassen. Für beide Modelle gibt es Anhaltspunkte. Treiber populistischer Einstellungen sind u. a. Strukturschwäche und das Gefühl, im Vergleich zu anderen politisch, wirtschaftlich und kulturell abgehängt zu sein.
- Die Lebensrealität in Ostdeutschland gibt vielen Menschen Grund zur Unzufriedenheit, etwa die Verwaisung ganzer Stadtteile aufgrund der Abwanderung junger Menschen. In der DDR wurden manche Probleme durch dirigistische Eingriffe des

Staates ausgeglichen, nun werden Defizite mit einem „So ist es nun mal“ erklärt. Mit der DDR-Vorerfahrung verstehen das viele Menschen als „Der Staat will uns gar nicht helfen“. Gleichzeitig haben Ostdeutsche gelernt, sich vom Staat fernzuhalten, um nicht aufzufallen. Jetzt existiert beides nebeneinander: das Bedürfnis nach einem dirigistischen und der Vorwurf eines übergriffigen Staates.

- Die AfD bedient diese Geisteshaltung und damit verbundene Emotionen perfekt und ist damit erfolgreich. Die Linke hat laut einem Panelisten auf die Veränderungsdimension und dadurch ausgelöste Verunsicherung durch Migration keine Antwort.

Forderungen aus der Session:

- Es braucht eine Politik des Respekts, die für gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West sorgt und den Osten nicht stigmatisiert. Hierzu gehört auch, anzuerkennen, dass es Unterschiede gibt. Außerdem sollten abhängige Regionen etwa durch Ansiedlung von Firmensitzen unterstützt werden.
- Es ist wichtig, Räume zu schaffen, in denen Menschen sich mit anderen Haltungen auseinandersetzen müssen – Konflikt sollte als Chance auf Verständigung gesehen werden. Gleichzeitig müssen Angebote zur Stärkung von Medienkompetenzen ausgebaut werden.

Die Antwort auf wachsende Demokratieunzufriedenheit in Ost und West könnte regionale Demokratiepolitik sein. Erste Eckpunkte sind eine Politik des Respekts, die strukturschwache Regionen gezielt unterstützt, sowie mehr Ressourcen für Medienbildung und Begegnungsräume.

⊕ e. Vom Schulterschluss zur Sollbruchstelle – Die Widersprüche der (internationalen) Neuen Rechten

Impuls:

Michael Meyer-Resende (Mitgründer, Democracy Reporting International)

Speakers:

Mariam Lau (Redakteurin im Bereich Politik, DIE ZEIT), Matthias Quent (Professor für Soziologie, Hochschule Magdeburg-Stendal)

Moderation:

Paul Jürgensen (Senior Grundsatzreferent, Das Progressive Zentrum)

[Link zur Aufzeichnung](#)

Herausforderung:

- Rechtslibertäre Technopulist:innen wie Peter Thiel, Elon Musk oder Marc Andreessen haben mittlerweile systemsprengendes Potenzial, da sie Einfluss auf wesentliche mediale und politische Schalthebel haben.
- Die schwammige Begriffsbezeichnung der illiberalen Demokratie ist eine Sollbruchstelle, welche die internationale neue Rechte ausnutzt, um sich als demokratische Bewegung zu stilisieren.
- Fehlende Kohärenz innerhalb der Neuen Rechten wirkt sich kaum negativ auf ihre Anschlussfähigkeit aus – im Gegenteil, anders als bei den extremen Linken fördert sie die Integrationsfähigkeit verschiedener Strömungen.
- Demokrat:innen haben bisher keinen guten Umgang mit den inhärenten programmatischen Widersprüchen der Neuen Rechten gefunden.

Relevante Fragestellungen:

- Was ist die Neue Rechte und welche Strömungen dominieren derzeit in den USA und in Deutschland?
- Wo genau verläuft die Grenze zwischen Demokratie und autoritärer Herrschaft?
- Wo genau liegen programmatische Widersprüche innerhalb der Neuen Rechten?
- Wie können sich demokratische Parteien diese Widersprüche zunutze machen?

Wesentliche Punkte:

- Die Neue Rechte stellt die demokratische Ordnung grundlegend infrage und verfolgt einen partikularistischen Kulturpessimismus. Alleinstellungsmerkmale im Vergleich zu älteren rechtsideologischen Strömungen sind die Nutzung der Sozialen Medien sowie der Exit aus dem transatlantischen Gefüge.
- Trump ist für die Neue Rechte eine Projektionsfläche ohne ideo-logischen Kern, JD Vance verkörpert sowohl die rechtsnationalistische als auch die rechtslibertäre Strömung.
- Rechtslibertäre wie Peter Thiel stimmen dem Narrativ eines Niedergangs anderer rechtsideologischer Strömungen wie den Rechtsnationalist:innen zu. Thiels Gedankenwelt stützt sich maßgeblich auf „longevity“ (z. B. durch die Besiedelung des Mars), Sozialdarwinismus („survival of the fittest“ im Sinne eines „survival of the richest“) und das Katechon (eine Kraft, die die Welt zu einem besseren wendet).
- In Deutschland gibt es diese Art von Techbros nicht und auch kein Project 2025. Die AfD ist derzeit außenpolitisch im Wandel und öffnet sich den Extremen in den USA. Alice Weidels und Elon Musks Kooperation hat allerdings bei dem nationalistischen Flügel der AfD zu großem Unmut geführt und an der Basis nicht resoniert. Das liegt auch daran, dass die Idee des internationalen Illiberalismus ein Selbstwiderspruch ist: Die AfD unterstützt die Trumpsche Politik, obwohl diese die deutsche (nationalistische) Position schwächt. Götz Kubitschek und

Maximilian Krah sind sich in der Grundidee des völkischen Nationalismus einig, nur nicht in der Strategie, wie er umzusetzen sei. Das politische Vorfeld in Deutschland setzt sich allerdings mehr mit der völkischen Remigrationspolitik als mit ideologischen Flügelkämpfen auseinander.

- Die internationale Linke ist von einer großen Vielfalt von Ideen zu Zukunftsperspektiven geprägt. Doch das linksliberale bis -radikale Milieu hat sich in den letzten 40 Jahren in der eigenen Blase eingerichtet und ist nicht fähig bzw. bestrebt, über die eigenen Zielgruppen hinaus Resonanz zu erzeugen.
- In der Union fehlt seit jeher die intellektuelle Brandmauer gegenüber der AfD. Die CDU/CSU hat das Erstarken der AfD bereits in der Ära Merkel ignoriert bzw. sich geweigert, sich mit der AfD auseinanderzusetzen, und ist ideologisch sehr leer geworden. Eine intellektuelle Abgrenzung der CDU/CSU zur AfD würde einhergehen mit einer noch deutlicheren Abgrenzung nach links.
- Aus der politischen Mitte heraus kann kein emotionales Gegenangebot entstehen, das die Basis der AfD abholt – ein demokratischer Staat kann mit der Emotionalisierung des faschistischen Milieus nicht mithalten. Die Linkspartei könnte es dagegen schaffen, mit einer emotionalen Ansprache erfolgreich zu sein.

Forderungen aus der Session:

- Demokrat:innen müssen den Unterschied zwischen (liberaler) Demokratie und Illiberalismus stärker herausstellen.
- Es braucht zum Umgang mit der Neuen Rechten eine grundlegende pluralistische Debatte im demokratischen Raum.
- Die programmatischen Widersprüche der Neuen Rechten müssen durch demokratische Parteien klarer aufgezeigt werden, z. B. in der Außenpolitik und wirtschaftlichen Programmatik der AfD.
- Konservative sollten ihre geduckte Haltung aufgeben und z. B. beim Thema Patriotismus klar zeigen, welche Interessen die Konservativen im Vergleich zur AfD vertreten.

Die Neue Rechte vereint in sich widersprüchliche Strömungen. Demokrat:innen sollten programmatische Widersprüche offenlegen, den Unterschied zwischen liberaler Demokratie und Illiberalismus herausarbeiten – und einen gemeinsamen Umgang mit der Neuen Rechten finden.

3. Institutionen der Demokratie

Welche Rolle spielen die unterschiedlichen demokratischen Institutionen wie Parteien, Parlamente, Verwaltung und Gerichte, aber auch Medien für die Resilienz der Demokratie? Welche politischen und juristischen Fallstricke gibt es beim Ausbau der Wehrhaftigkeit? Wie gelingen demokratische Reformen?

a. Wie werden wir wehrhaft gegenüber zersetzenden Kräften?

Speakers:

Philip Amthor (Parlamentarischer Staatssekretär, Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung, CDU), Michaela Hailbronner (Professorin für deutsches und internationales öffentliches Recht und Rechtsvergleichung, Universität Münster), Anke Hassel (Professorin für Public Policy, Hertie School)

Moderation:

Katharina Kühn (Journalistin und Autorin, phoenix)

Herausforderung:

- Die AfD greift zunehmend demokratische Strukturen und Prinzipien an, die demokratischen Parteien sind sich jedoch bislang uneinig, wie sie darauf am besten reagieren sollen.
- Viele Menschen, insbesondere junge Menschen, Ostdeutsche und Menschen in ländlichen Räumen, fühlen sich politisch wenig gesehen oder beteiligt, das Vertrauen in die Politik schwindet.

Relevante Fragestellungen:

- Wie läuft bisher der Kampf gegen demokratiezerstörende Kräfte?
- Wie kann die Wehrhaftigkeit der Demokratie gestärkt werden, ohne demokratische Prinzipien zu unterlaufen?
- Wie sollte mit der AfD als antidemokratischer Kraft institutional, gesellschaftlich und politisch umgegangen werden?

Wesentliche Punkte:

- Deutschland ist institutionell und verfassungsrechtlich gut aufgestellt, gerade im Vergleich zu den USA. Das Prinzip der wehrhaften Demokratie stärkt die freiheitlich-demokratische Grundordnung mit Elementen wie Partei- und Vereinsverboten, der Ewigkeitsklausel, dem Verfassungsschutz, der Institution der politischen Bildung und der Verpflichtung von Forschung und Lehre auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung.
- Wehrhaftigkeit kann gestärkt werden, indem
 - ↳ Menschen sich wieder mehr gesehen fühlen, etwa durch Anerkennung von Engagement in Vereinen, gerade von jungen Menschen im Osten und auf dem Land;
 - ↳ kommunale Strukturen gestärkt werden, etwa durch mehr Entscheidungskompetenzen von Kommunen – Kommunen werden derzeit alle Probleme dieser Gesellschaft aufgeladen, können aber nicht viel entscheiden;

- (+)
- ↳ zivilgesellschaftliches Engagement durch ein Gesellschaftsjahr unterstützt wird – Selbstwirksamkeit junger Menschen ist dabei zentral, Engagement hängt an Entscheidungsbefähigung; außerdem sollten sich zivilgesellschaftliche Organisation weiter öffnen für unterschiedliche gesellschaftliche Schichten;
 - ↳ neue Beteiligungsformen wie Bürgerräte etabliert werden oder die bestehende institutionelle Ordnung gestärkt wird – es gab einen Konsens, dass etablierte Strukturen wie Parteien gestärkt werden sollten und Bürgerräte Institutionen nicht ersetzen können. Gegen Bürgerräte wurde vorgebracht, dass politische Fragen nicht entpolitisirt werden sollten und durch mangelnde Entscheidungsbefugnisse Erwartungen enttäuscht werden könnten. Für Bürgerräte wurde vorgebracht, dass sie Menschen an politischen Debatten teilhaben lassen und einige Themen wie Migration von Parteien unterkomplex diskutiert werden.
 - Umstritten war insbesondere die Frage eines AfD-Verbotsverfahrens. Dafür spricht, dass Parteiverbote nicht so selten sind – in 20 von 37 europäischen Staaten wurden über 50 Parteien verboten – und dass ein Parteiverbot die AfD in Moderate und Radikale splitten könnte. Dagegen wurde vorgebracht, dass der Eindruck entstehen kann, dass die Regierung ihr eigenes Volk wählt, dass die gesellschaftliche Polarisierung dadurch verstärkt werden kann und dass AfD-Wählende dadurch in noch extremistischere Strukturen abdriften können. Zudem merkte ein Panelist an, dass sich die Umsetzung eines Parteiverbots einer derart großen Partei wie der AfD in der Praxis schwierig gestaltet. Sie erfordert einen erheblichen Repressionsaufwand und wirft die Frage auf, wie man mit Funktionär:innen und Mitgliedern im öffentlichen Dienst umgeht. Stattdessen sollte man auf positive Projekte und Austausch mit AfD-Wähler:innen setzen und sich inhaltlich mit der AfD auseinandersetzen.

(+)

Forderungen aus der Session:

- Es sollte nicht hyperventilierend eine nicht existierende Institutionenkrise herbeigeredet werden.
- Für die Wehrhaftigkeit der Demokratie ist es wichtig, dass sich Parteien klar unterscheiden und nach der Wahl auch das umsetzen, was sie vor der Wahl versprochen haben.
- Das Wahlrecht sollte wehrhafter gemacht und die Leitungen der Verfassungsschutzmänter und die Polizeipräsident:innen aus dem politischen Geschehen herausgenommen werden.
- Es ist wichtig, dass die Bundesregierung und staatlichen Institutionen geltendes Recht einhalten, weil man sonst der AfD den Weg bereitet.

Demokratische Wehrhaftigkeit hat viele Säulen: die Einhaltung geltenden Rechts, starke Institutionen, eine aktive Zivilgesellschaft und Beteiligungsangebote, die individuelle Selbstwirksamkeit und gesellschaftliches Miteinander fördern.

b. 9 % Vertrauen – Was Parteien ändern müssen (wenn sie können)**Speakers:**

Claudia Gatzka (Autorin und Historikerin, Universität Freiburg), Madeleine Henfling (Mitglied und Vizepräsidentin des Thüringer Landtags a.D., Bündnis 90/Die Grünen), Annette Widmann-Mauz (Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin a.D./Ehrenvorsitzende der Frauen Union der CDU)

Moderation:

Finn Heinrich (Director für Demokratie und Zusammenhalt, Bertelsmann Stiftung)

Herausforderung:

Parteien verlieren stetig an Vertrauen: Im Moment vertrauen dieser zentralen Institution der repräsentativen Demokratie nur 9 Prozent der Bevölkerung. Besonders wenig Verankerung genießen Parteien in Ostdeutschland. Zwar gibt es bereits innerparteiliche Reformansätze, diese sind bisher jedoch kaum erfolgreich. Immer mehr Stimmen hinterfragen deshalb, ob Parteien überhaupt fähig sind, wieder nennenswert an Vertrauen zu gewinnen.

Relevante Fragestellungen:

- Woran liegt es, dass Parteien stetig an Vertrauen verloren haben?
- Und wie können Politiker:innen und Parteien dieses Vertrauen zurückgewinnen – welche partiinternen Reformen sind hierfür nötig und wie kommen sie von der Analyse zur Umsetzung?

Wesentliche Punkte:

- Parteien fehlt es an deskriptiver, substantieller und symbolischer Repräsentation, was auch daran liegt, dass sich die Berufe und Interessen der Bürger:innen immer weiter ausdifferenzieren. Zudem gibt es innerhalb von Parteien wenig Durchlässigkeit. Wer in ihnen nach oben kommen möchte, muss jahrelang Parteiarbeit machen und von partiinternen Machtzirkeln zumindest geduldet werden. Kompetenz ist dagegen für eine erfolgreiche Politikkarriere nicht immer entscheidend. Das führt zu einer Entfremdung der Parteien von der Bevölkerung.
- Viele Politiker:innen werden „rundgeschliffen“, obwohl es in der Gesellschaft ein Bedürfnis nach Authentizität gibt. Wordings der Parteispitze für ihre Abgeordneten führen z. B. schnell zu einer unauthentischen Kommunikation, hier ist die Angst von insbesondere linken Parteien, mit den eigenen Aussagen einen Backlash hervorzurufen, manchmal zu groß. Auch mediale Logiken und die Eventisierung von Politik, etwa durch Talkshow-Formate, tragen zu konturloseren Politiktypen bei.
- Die AfD schafft es, sich als „Kümmerer“ zu inszenieren, obwohl sie gar keine Problemlösekompetenz hat – sie gibt ihren Wähler:innen einfach immer recht. Doch u. a. durch die mangelnde Repräsentation bestimmter Bevölkerungsgruppen in

den demokratischen Parteien hat auch deren eigene Problemlösekompetenz gelitten. Die CDU/CSU hätte z. B. Klimathemen früher auf dem Schirm gehabt und hier bessere Lösungen präsentiert, wenn sie mehr junge Mitglieder hätte.

Forderungen aus der Session:

- Parteien sollten sich trauen, ihre Rolle als Repräsentant:innen der Bevölkerung stärker einzunehmen – indem sie die gesamte Breite der Bevölkerung abbilden, den Anspruch nicht aufgeben, zu wissen, was die Bevölkerung inhaltlich will, und selbstbewusst behaupten, mit ihrem Politikansatz diesen Willen zu verfolgen.
- Es sollte weniger reine Parteikarrieren und mehr Menschen mit Berufserfahrung in der Politik geben.
- Politiker:innen müssen sich weniger auf Berlin konzentrieren und nahbar sein – auch wenn der Infostand wenig glamourös ist. Dabei genügt es nicht, ein Wahlkreisbüro zu öffnen, sie müssen dorthin gehen, wo die Wähler:innen sind, etwa auf lokale Sportveranstaltungen.
- Es braucht Bürgerräte als sinnvolle Ergänzung von Parteien – sie geben Menschen, die sich nicht in Parteien einbringen wollen, eine Beteiligungsalternative und vermögen es, gesellschaftliche Blasen aufzubrechen.

Parteien leiden unter fehlender Repräsentation und intransparenten Strukturen. Um Vertrauen zurückzugewinnen, sollten sie vor Ort präsent sein, gesellschaftliche Vielfalt abbilden – und mehr Bürger:innenbeteiligung ermöglichen.

c. Demophobie? Für und Wider direkter und deliberativer Beteiligung

Speakers:

Ralf-Uwe Beck (Sprecher des Bundesvorstands, Mehr Demokratie e. V.), Gisela Erler (Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung a.D., Staatsministerium Baden-Württemberg, Bündnis 90/Die Grünen), Renate Künast (Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz a. D., ehem. Mitglied des Deutschen Bundestages, Bündnis 90/Die Grünen), Peter Huber (Bundesverfassungsrichter a. D., Innenminister Thüringen a. D., CDU/CSU), Mark Schieritz (Stellvertretender Ressortleiter Politik, DIE ZEIT)

Moderation:

Juliane Baruck (Projektmanagerin, Das Progressive Zentrum/Projektleiterin, Hallo Bundestag), Jacob Birkenhäger (Geschäftsführer, nexus Institut)

Herausforderung:

Die repräsentative parlamentarische Demokratie birgt Mängel und bringt Unzufriedenheiten hervor, denen mit innovativen Formaten begegnet werden kann. Doch wie diese Formate ausgestaltet werden sollen, ist umstritten: Deliberative Formate gelten als überteuert und voraussetzungsreich, direktdemokratische Elemente als unkomplex und irreversibel.

Relevante Fragestellungen:

- Wie kann der Wähler:innenwille besser abgebildet werden
 - was ist das Für und Wider von deliberativen und direkten Elementen?
- Was steckt hinter der hartnäckigen Skepsis gegenüber neuen Formen demokratischer Teilhabe?

Wesentliche Punkte:

- (+) - Direkte Demokratie legt laut ihren Fürsprecher:innen zentrale und besonders umstrittene Fragen durch Referenden in die Hände der Bürger:innen. Die bestehende Demokratie wird dadurch repräsentativer, weil sie die Präferenzen der Bürger:innen besser abbildet. In diesem Sinne kann sie auch ein „Notfallhammer“ sein, wenn die Politik den Wähler:innenwillen zu lange nicht umsetzt.
- (+) - Gegen Volksentscheide wurde vorgebracht, dass sie aufgrund der ihnen eigenen Ja/Nein-Dichotomie keine Kompromisse erlauben. Dadurch könnten ihre Ergebnisse umso stärker den eigenen Präferenzen widersprechen, was zu weiteren Verwerfungen führen kann – so geschehen beim Volksentscheid zu Stuttgart 21. Die Gefahren einer direkten Demokratie sind jedoch geringer als vielfach beschworen, weil auf Bundesebene ohnehin jene Fragen nicht durch Referenden entschieden werden können, bei denen der Bundesrat zustimmen muss. Zudem können Verfassungsgerichte Minderheitenrechte vor Mehrheiten in Referenden schützen.
- (+) - Das Losverfahren hat eine lange demokratische Tradition. Die Praxis zeigt, dass deliberative Formate wie Bürgerräte kluge, umsetzbare Kompromisse ermöglichen.
- (+) - Eine Stärke der repräsentativen Demokratie ist die ergebnisorientierte Kompromissfähigkeit des politischen Hinterzimmers. Zudem führt mehr Beteiligung nicht unbedingt zu mehr Demokratie – und schon gar nicht zu höherer Effizienz und Effektivität.

Forderungen aus der Session:

- In Deutschland sollten die Voraussetzungen eines Beteiligungsprozesses nach irischem Modell geschaffen werden – d. h., dass zuerst ein Bürgerrat zu einer umstrittenen Frage (z. B. Abtreibung) Kompromisslinien erarbeitet und dann die gesamte Bevölkerung in einem bundesweiten Referendum einbezogen wird.
- Es braucht mehr Detailarbeit, was die Ausgestaltung konkreter Demokratiereformen angeht, anstatt großer Parolen.

Direkte, deliberative und repräsentative Demokratie müssen in keinem Konkurrenzverhältnis stehen, sie können sich gegenseitig stärken – zum Beispiel durch das irische Modell: ein Bürgerrat und anschließend ein Referendum bei besonders umstrittenen Fragen.

(+)

(+)

4. Kultur der Demokratie

Wo und wie werden demokratische Kompetenzen wie Toleranz, Konflikt- und Kompromissfähigkeit gelebt, geschult, aber auch verlernt? Wie können Spannungsfelder, wie kann zwischen Meinungsfreiheit und notwendigen Regulierungen, demokratisch verhandelt werden? Was braucht kommunales Ehrenamt, um resilient zu sein?

a. Demokratie lernen jenseits der Schule – Akteure, Formate, Wirkung

Speakers:

Wiebke Gülcibuk (Leiterin Kommunikation und Vorstandsbevollmächtigte, PHINEO), Eva Heising (Mitgründerin, Demokrative bei openPetition gGmbH), Anne Dänner (Leiterin, Bildungswerk Mehr Demokratie), Kristina Krömer (Gründerin und leitende Koordinatorin, metro_polis), Rainald Manthe (Soziologe und Autor/Vorstand, Stiftung Bildung)

Moderation:

Jacob Birkenhäger (Geschäftsführer, nexus Institut)

Herausforderung:

Nach Oskar Negt ist Demokratie die einzige Staatsform, die man lernen muss. Gerade in Zeiten zunehmender Individualisierung kann diese Bildungsvoraussetzung eine Hürde darstellen. Demokratielernen im Erwachsenenalter ist schwieriger, weil Einstellungen gefestigter sind und im Arbeitsalltag weniger Zeit bleibt.

Relevante Fragestellungen:

- Was ist eigentlich Demokratiebildung?
- Wie kann Demokratielernen jenseits der Schule aussehen – welche Formate haben sich bewährt, an welchen Orten findet es statt?
- Wie kann Wirkung von Demokratie- und Beteiligungsprozessen gemessen werden?
- Braucht es einen Zwang zur Demokratiebildung?

Wesentliche Punkte:

- Es gibt ganz unterschiedliche Vorstellungen davon, wie Demokratie funktioniert. Der Demokratie-Stärken-Test der Demokratie ist ein Angebot zur Reflexion: Welche Demokratiekompetenzen habe ich schon ausgebildet? Und welcher Demokratietyp bin ich?
- Demokratielernen kann an vielen unterschiedlichen Orten stattfinden, z. B., wenn man sich über die Hecke am Nachbarzaun streitet. Dabei sind die Orte des Demokratielernens oft solche, an denen man es nicht erwartet, aber gemeinsam die Regeln des Zusammenlebens aushandelt: in der Nachbarschaft, beim Elternabend, in Initiativen zum Straßengrün usw. Aber auch „klassische“ Begegnungsorte bzw. -akteure wie Kirchen,

Parteien und Gewerkschaften spielen eine wichtige Rolle, insbesondere in ländlichen Räumen.

- Demokratielernen muss mit Alltagssituationen verbunden werden, also niedrigschwellig in der Praxis statt ausschließlich in der Theorie stattfinden. So erreicht man auch Leute, die mit dem abstrakten Begriff „Demokratie“ wenig anfangen können, die von akademischen Diskussionen eher abgeschreckt sind, aber doch ein Interesse an der Gestaltung des Zusammenlebens haben.
- Eine Herausforderung ist, wenn beim „Demokratielernen“ zwei unterschiedliche Wertesysteme aufeinanderprallen und jeweils die eine Seite der anderen attestiert, nicht zur Demokratie fähig zu sein, weil ihr die Kompetenz zur Komplexität, Empathie und zum Perspektivwechsel fehle – hier kann z. B. Humor ein Ausweg sein.

Forderungen aus der Session:

- Wir müssen Demokratiebildung an Alltagsorte bringen, z. B. zu Freiwilligen Feuerwehren oder in Bibliotheken.
- Jede:r kann seine Demokratie-Kompetenzen testen und weiterentwickeln. Dafür braucht es flächendeckende Angebote, wie z. B. einen Demokratietest.
- Wir brauchen mehr Formate, die Menschen Gehör verschaffen, sie in ihrer Haltung ernst nehmen und sie in den niederschwelligen und konstruktiven Austausch mit anderen Meinungen bringen.

Demokratiebildung ist gerade im Erwachsenenalter herausfordernd, da gefestigte Einstellungen und Zeitmangel das Lernen erschweren. Sie muss deshalb alltagsnah, praxisorientiert und humorvoll gestaltet werden. Statt formaler Bildung braucht es niedrigschwellige Formate an Alltagsorten wie dem Arbeitssplatz oder in Bibliotheken, die spielerisch Demokratie-Kompetenzen fördern und zur gemeinsamen Reflexion anregen.



b. Mittel für den Zweck: Wer finanziert Demokratiearbeit und demokratische Innovationen?**Speakers:**

Friederike Behrends (Vorsitzende der Geschäftsführung, Deutsche Postcode Lotterie), Lisa Paus (Mitglied des Deutschen Bundestages/Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend a. D., Bündnis 90/Die Grünen), Veith Selk (Privatdozent für Politikwissenschaft, Technische Universität Darmstadt), Andreas Zaby (Innovationsmanager, Bundesagentur für Sprunginnovationen)

Moderation:

Astrid Deilmann (Geschäftsführende Vorständin, Campact e. V.)

Herausforderung:

- Die Demokratie hat sich zu lange nicht weiterentwickelt und steckt auch deshalb in der Krise. Andersherum hat sich Politik extrem ausdifferenziert, was zu Verständnisproblemen führt, ebenso verschiedene Demokratieverständnisse, die nun miteinander konkurrieren.
- Die Demokratie-Förderlandschaft in Deutschland schafft es derzeit nicht, dauerhafte Demokratieinnovationen hervorzu bringen – aufgrund kurzer Förderzeiträume, hohem Verwaltungsaufwand und zu wenig entrepreneurial mindset.
- Es besteht Zweifel, ob der Staat überhaupt in der Lage und willens ist, echte Innovationen zu fördern.

Relevante Fragestellungen:

- Welche Aspekte der Demokratie bedürfen der Innovation?
- Wie steht es um die Förderlandschaft für Demokratiearbeit in Deutschland – wo besteht Anlass zur Kritik, was läuft schon richtig gut?
- Was braucht es, damit Geld in der Demokratieförderung zu dauerhaften demokratischen Innovationen führt?

Wesentliche Punkte:

- Innovation ist nicht zwangsläufig die Lösung, sie kann auch ein Problem darstellen, etwa indem sie zu institutionellem Wildwuchs beiträgt.
- Besonders zwei aktuelle Fragestellungen der Demokratie benötigen innovative Betrachtung: 1. Wie kann mit einer polarisierten Politisierung umgegangen werden, die nun auch gesellschaftliche Institutionen und Bereiche betrifft, die vorher nicht so betroffen waren, z. B. Medien und Wissenschaft? 2. Wie kann der Teufelskreis aufgebrochen werden, wonach in der Demokratie strukturelle Gewinner und Verlierer entstehen, also kontinuierlich Ressourcen nach oben wandern, die wiederum die politische Macht der Gewinner steigern?
- Ein Demokratiefördergesetz wäre wichtig gewesen, um von der „Projektitis“ (zeitlich begrenzte Projektförderung) weg zu kommen und dauerhafte Strukturen zu schaffen. Die „Projektitis“

führt dazu, dass Leute, sobald sie in einer Sache involviert sind, schon über die nächste nachdenken, weil sie nicht wissen, wie es danach weitergeht. Sie schafft einen erheblichen Verwaltungsaufwand, die Antragslogik bedeutet Kontrollwut, das Controlling läuft aus dem Ruder. Außerdem kann nicht jede Initiative in einzelne Projekte zerlegt werden. Demgegenüber merkte eine Panelistin an, dass Projektförderung sich für Innovationsvorhaben bewährt hat. Danach sollte jedoch die Regelfinanzierung kommen.

- Es ist politisch umstritten, ob die Schaffung dauerhafter Strukturen staatliche Aufgabe ist – die Union, FDP und AfD bezweifeln das. Es ist unklar, ob das Vertrauen in den Staat, tatsächlich zu innovieren, da ist. Ein Einwand war, dass der Staat ein wichtiger Player im Innovationsökosystem ist, jedoch muss auch die Innovationsförderung innoviert werden. Derzeit gelingt es Deutschland nicht, erstklassige Forschung in erfolgreiche Geschäftsmodelle zu überführen.
- Die Deutsche Postcode Lotterie setzt laut eigenen Angaben auf niedrigschwellige Anträge, siebt Anträge nicht nach bestimmten inhaltlichen Kriterien aus und verfolgt einen vertrauensbasierten Ansatz, d. h. Organisationen werden nicht als Bittsteller angesehen, ihnen wird vertraut und sie werden entsprechend strukturell, d. h. projektgebunden gefördert.
- Auch die Bundesagentur für Sprunginnovationen ist ein Best-Practice-Beispiel: Ziel ist es, große gesellschaftliche Herausforderungen zu lösen. Dabei wird sowohl ein Bottom-up-Ansatz (Einreichung von Projekten) als auch ein Top-down-Ansatz (durch Challenges, an denen Teams bezahlt teilnehmen können) verfolgt.

Forderungen aus der Session:

- Schaffung dauerhafter Demokratieförderstrukturen, etwa durch die Einführung eines Demokratiefördergesetzes und mehr Vertrauensförderung
- Es braucht eine aufrichtige Evaluation von geförderten Projekten, die auch Misserfolge und damit Fehlerkultur und Dazulernen zulässt.
- Gute Projekte sollten eine Perspektive auf Regelfinanzierung haben.
- Es braucht mehr Kooperationen zwischen dem Staat und privaten Stiftungen – diese führen dazu, dass Mittel einfacher und unbürokratischer vergeben werden.

Die Demokratieförderlandschaft in Deutschland krankt an „Projektitis“. Für Demokratie-Innovation braucht es Sicherheit durch ein Demokratiefördergesetz, vertrauensbasierte Förderung und mehr Kooperationen von Staat und privaten Akteuren.

c. Beziehungsstatus kompliziert – Kommunen im föderalen Gefüge**Speakers:**

Simone Großner (Staatssekretärin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, CDU), Sebastian Jobelius (Leiter der Gruppe 61 - Digitales und Staatsmodernisierung, Bundeskanzleramt), Onyeka Oshionwu (Ehrenamtliche Bürgermeisterin der Stadt Göttingen, Bündnis 90/ Die Grünen)

Moderation:

Sebastian Pieper (Projektmanager, Das Progressive Zentrum)

Herausforderung:

- Die Beziehung zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist angespannt. Abstimmungsprozesse sind kompliziert, zum Teil kommt es im Mehrebenensystem zu Verantwortungsdiffusion.
- Kommunen sind die wichtigste Umsetzungsebene von Politik und der Ort, an dem die Bürger:innen sie im Alltag spüren. Dafür sind sie finanziell jedoch vielfach unzureichend ausgestattet. Hinzu kommen bürokratische Prozesse und der Fachkräftemangel.

Relevante Fragestellungen:

- Wie kann und muss das Verhältnis zwischen Kommunen, Ländern und Bund verbessert werden, um das Vertrauen in den Staat zu stärken?
- Vor welchen Herausforderungen stehen Kommunen derzeit?
- Wie können sie trotz knapper Mittel handlungsfähig bleiben?

Wesentliche Punkte:

- Bund, Länder und Kommunen haben schon sehr viel gelernt. Jedoch werden im Bund die Unterschiede in der Leistungsfähigkeit von Ländern und Kommunen teilweise unterschätzt. Häufig wird von starken Kommunen ausgegangen. Zudem wird Kommunen nicht immer ausreichend vertraut, z. B. darf in Bayern die Verpackungssteuer von Kommunen nicht frei eingeführt werden.
- Viele Kommunen sind verschuldet – dabei führt jedes geschlossene Freibad zu erheblichen Vertrauensverlusten in den Staat. Demgegenüber ist das Deutschlandticket ein gutes Beispiel für eine schnelle Umsetzung und direkte Wirkung von Politik im Alltag – das stärkt das Vertrauen in den Staat. Weil es den Kommunen die Preisgestaltung nimmt, führt es jedoch auch zur Ausdünnung bestimmter ÖPNV-Angebote.
- Es gibt große Einsparpotenziale für Kommunen, z. B. durch eine digitale Abrechnung des Wohngeldes. Inwieweit Kommunen neue Schulden aufnehmen sollten, war auf dem Panel umstritten – argumentiert wurde mit der mangelnden Generationengerechtigkeit von Schulden, aber auch mit jetzt erforderlichen Investitionen.



- Es wäre schon sehr viel gewonnen, wenn alles, was im Bereich von Digitalisierung und Staatsmodernisierung geplant ist, umgesetzt würde. Eine Umsetzung aller geplanten Strukturreformen käme dabei der Arbeit einer dritten Föderalismuskommision gleich. Man wollte das aber nicht so nennen – vielleicht auch, um bei einem Scheitern nicht bereits vorhandenen Föderalismus-Frust weiter zu befördern.
- Den Bürger:innen vor Ort ist oft nicht klar, wie gering der Anteil nicht bereits fest gebundener Haushaltsposten sei, der den Kommunen für eigene politische Projekte zur Verfügung steht. Umso wichtiger sei es, zumindest einen Teil dieser freien Mittel für Projekte zur Verfügung zu stellen, die von den Bürger:innen selbst gestaltet werden könnten. Dies ist auch angesichts der abnehmenden Verankerung von Parteien geboten.
- Die AfD agiert auf Lokalebene häufig clever – sie ist pragmatisch, gut vernetzt und anerkannt. Zudem ist das Einhalten der Brandmauer in einigen Kommunen nicht mehr möglich, weil ohne die AfD keine Mehrheiten zustande kämen. Das macht die Auseinandersetzung mit der Partei schwieriger.

Forderungen aus der Session:

- Die aktuell geplanten Strukturreformen müssen umgesetzt werden.
- Es braucht mehr Geld für Kommunen, um etwa dem Fachkräftemangel durch Integrationsmaßnahmen begegnen zu können sowie Bildungs-, Betreuungs- und Kulturangebote zu verbessern.
- Erwartungsmanagement: Nicht alle Probleme sind direkt lösbar, es braucht realistische Einschätzungen. Das richtet sich auch an den Bund – dieser sollte sich bewusst sein, dass einige Vorhaben auf kommunaler Ebene aufgrund geringer Ressourcen nur schwer zeitnah umsetzbar sind.
- Es braucht mehr Mitbestimmung und neue Instrumente für direktes Feedback aus der Bevölkerung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Um Frust zu vermeiden, sollten Bürgerräte richtig eingesetzt werden, als Konsensraum für große konfliktträchtige Themen.

Die Beziehung zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist kompliziert. Um das Vertrauen in den Staat zu stärken, sollten geplante Strukturreformen umgesetzt, Kommunen finanziell besser ausgestattet, Bürger:innen stärker beteiligt – und Erwartungen realistisch gemanagt werden.

d. Kl: Künstlich informiert – Wer schützt die demokratische Öffentlichkeit?**Speakers:**

Johannes Hillje (Politik- und Kommunikationsberater), Anna Lührmann (Mitglied des Deutschen Bundestages, Bündnis 90/Die Grünen), Teresa Morrkopf-Widlok (Leiterin Abteilung Globale Themen, Friedrich-Naumann-Stiftung)

Moderation:

Annika Schröder (Head of Public Affairs, Legal Tech Verband Deutschland)

Herausforderung:

Der Strukturwandel der Öffentlichkeit verändert die Qualität von Informationen, den Zugang zu Diskursen und die Maßstäbe politischen Erfolgs grundlegend: Öffentliche Meinung entsteht zunehmend online – oft ohne journalistische Standards. Algorithmen gewinnen an politischer Macht. Gleichzeitig verschärfen der Aktualitätsdruck und der stete Kampf um Reichweiten im Netz die Boulevardisierung, Verflachung und Emotionalisierung der Berichterstattung.

Relevante Fragestellungen:

- Welche Auswirkungen hat der Strukturwandel der Öffentlichkeit auf die Qualität und Dynamik demokratischer Debatten?
- Wie prägt er die politischen Einstellungen und das Engagement, insbesondere junger Menschen?
- Welche neuen Allianzen zwischen Staat, Medien und Zivilgesellschaft sind nötig, um die Öffentlichkeit wirksam vor Desinformation und der Macht der Plattformalgorithmen zu schützen?

Wesentliche Punkte:

- Im Internet dominieren mittlerweile oligarchische Strukturen. In den USA findet eine Verbrüderung politischer und ökonomischer Macht zwischen Tech-Konzernen und MAGA statt. Algorithmen fördern antidemokratische Positionen und manipulieren so die öffentliche Debatte. Musk unterstützte den AfD-Wahlkampf durch Aufmerksamkeit, auch durch den X-Algorithmus. Und auch die etablierten Medien tragen zur Aufmerksamkeit bei – Musk und AfD sind nicht nur auf die Sozialen Medien angewiesen.
- Durch Large Language Models generierte Informationen können für die Öffentlichkeit nicht nachvollzogen werden. Künstliche Intelligenz beutet journalistische Inhalte aus und führt zu sinkenden Besucherzahlen und damit Werbeeinnahmen bei den Qualitätsmedien.
- Gleichzeitig ist in den USA die „No Kings“-Bewegung sehr erfolgreich, die ebenfalls digitale Plattformen zur Organisierung nutzt, vorwiegend Reddit, Bluesky und Discord. Das zeigt, wie wichtig es ist, andere Plattformen zu unterstützen. Der Staat

hat deshalb die Aufgabe, eine dezentrale Öffentlichkeit zu gewährleisten.

- Auf dem Panel war umstritten, ob die aktuellen Regelwerke zur Beeinflussung von Wahlkämpfen durch Algorithmen ausreichen. Die eine Seite argumentierte, dass es weitere Instrumente braucht. Die andere, dass bereits durch den Digital Services Act Tech-Konzerne gezwungen werden könnten, ihre Algorithmen offenzulegen – dafür aber der politische Wille fehlt. Solange bestehende Gesetze aber nicht umgesetzt werden, muss über neue Regulierungen gar nicht gesprochen werden. Die Debatte um Social-Media-Altersbegrenzungen ist demgegenüber eine Placebo-Debatte.
- In Deutschland werden bisher kaum Maßnahmen getroffen, um die Medienkompetenz der Bevölkerung zu verbessern. In Finnland führen z. B. öffentliche Bibliotheken Medientrainings durch und es findet sogar in Saunas aufsuchende Arbeit statt.

Forderungen aus der Session:

- Monopolstrukturen sollten angegangen werden. Dafür sollten auch der Digital Markets Act und das Kartellrecht genutzt werden.
- Der Digital Services Act, insbesondere Artikel 34 und 35, sollte konsequent umgesetzt werden.
- Es braucht ein europäisches Silicon Valley, also eine Industrie- und Infrastrukturpolitik, die entsprechende Kompetenzen in Europa ansiedelt, mit dem Ziel der Schaffung einer demokratischen Kommunikationsinfrastruktur.
- Die Öffentlichkeit sollte in Qualitätsmedien und Lokaljournalismus investieren.
- Es sollten mehr Maßnahmen zur Verbesserung der Medien- und Informationskompetenz von Jugendlichen und Erwachsenen getroffen werden.

Der Strukturwandel der Öffentlichkeit stärkt antideokratische Akteure. Deshalb sollten bestehende Plattformregulierungen umgesetzt, die Medien- und Informationskompetenzen der Öffentlichkeit gestärkt und eigene europäische Kommunikationsinfrastrukturen aufgebaut werden.

5. Abschluss

a. Podcast: Auch das noch?

Gast:

Danyal Bayaz (Minister für Finanzen, Land Baden-Württemberg, Bündnis 90/Die Grünen)

Moderation:

Petra Pinzler (Hauptstadtkorrespondentin, DIE ZEIT), Stefan Schmitt (Wissenschaftskorrespondent im Ressort Wissen, DIE ZEIT)

[Link zur Aufzeichnung \(Die Zeit\)](#)

Herausforderung:

- Die Wiederherstellung und Sicherung staatlicher Handlungsfähigkeit angesichts ökonomischer, demografischer und politischer Krisen
- Die Schuldenbremse beschränkt die finanziellen Spielräume. Gleichzeitig wächst der Druck auf Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Wissenschaft und Sicherheit.
- Die Gesellschaft erlebt wachsende populistische Tendenzen und Vertrauensverlust in staatliche Institutionen, befeuert durch Überforderungen in Krisen wie der COVID-19-Pandemie, der Energiekrise und der Migrationskrise.
- Ein Spannungsfeld zwischen kurzfristigen Erwartungen der Bürger:innen und langfristigen strukturellen Reformen, die politisch schwer durchsetzbar sind

Relevante Fragestellung:

- Welche Rolle spielt eine verantwortungsvolle Finanzpolitik dabei, Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen, ohne in eine Überschuldung zu geraten?
- Wie lassen sich Bürger:innen stärker beteiligen, um Vertrauen in demokratische Prozesse zurückzugewinnen?
- Kann eine Balance zwischen Reformfähigkeit, fiskalischer Disziplin und gesellschaftlicher Akzeptanz erreicht werden?

Wesentliche Punkte:

- Es braucht eine Reform der Schuldenbremse, die Investitionen in Zukunftsbereiche erlaubt, gleichzeitig jedoch den Konsolidierungsdruck aufrechterhält: Geld ist ein „Schmiermittel“, jedoch keine Lösung für alle Probleme. Die Zinslast droht enorm zu werden, bereits ab 2028 könnten Zinszahlungen die Investitionsquote übersteigen.
- Es gibt eine Verantwortung demokratischer Politik, Erwartungen realistisch zu gestalten, um Populismus nicht durch unerfüllbare Versprechen zu befördern. Bürgerräte mit ausgelosten

Bürger:innen könnten hier eine neue Legitimation schaffen, da klassische Beteiligungsformen oft zu einseitig besetzt sind.

- Populismus wird nicht allein durch ökonomische Verbesserungen geschwächt. Entscheidend ist vielmehr eine funktionierende öffentliche Infrastruktur (z. B. Bildung, Verkehr, Sicherheit) als sichtbares Signal für die Leistungsfähigkeit des Staates.
- Die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters kann helfen, absehbare Belastungen frühzeitig abzufedern. Migration ist eine notwendige, aber durchaus konfliktbehaftete Antwort auf den Fachkräftemangel und den demografischen Wandel.
- Es ist notwendig, pragmatisch zu sein – Fortschritt bedeutet Reformfähigkeit.

Forderungen aus der Session:

- Mit neuen Finanzspielräumen durch die Reform der Schuldenbremse sollte verantwortlich umgegangen werden. Statt Einzelinteressen zu befrieden, braucht es Investitionen in Kernbereiche.
- Die sozialen Sicherungssysteme sollten langfristig angepasst werden, insbesondere das Rentensystem, um den demografischen Wandel zu bewältigen.
- Bürgerräte sollten institutionalisiert werden, um die Demokratie zu stärken und ihre Legitimität zu erhöhen.
- Es braucht mehr Mut zu klaren politischen Aussagen über Grenzen staatlicher Leistungsfähigkeit.
- Der gesellschaftliche Zusammenhalt sollte gestärkt werden, z. B. durch neue Begegnungsorte, Bürgerservices und integrative Projekte.

Eine durch die Schuldenbremse eingeschränkte Handlungsfähigkeit des Staates bei gleichzeitig übersteigerten Erwartungen an die Politik bestärkt den Vertrauensverlust in demokratische Institutionen. Deshalb braucht es eine Reform der Schuldenbremse, um in Kernaufgaben zu investieren, mehr Mut zu einer ehrlichen Kommunikation über Grenzen staatlicher Leistungsfähigkeit und die Stärkung der Legitimität staatlichen Handelns durch Bürgerräte sowie mehr gesellschaftlicher Teilhabe.

b. Zukunftsvertrauen – Wie Politik wieder überzeugen kann**Speakers:**

Wolfgang Schroeder (Vorstandsvorsitzender, Das Progressive Zentrum), Franziska Brantner (Mitglied des Deutschen Bundestages und Bundesvorsitzende, Bündnis 90/Die Grünen), Andreas Jung (Mitglied des Deutschen Bundestages, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion, CDU)

Moderation:

Petra Pinzler (Hauptstadtkorrespondentin, DIE ZEIT)

[Link zur Aufzeichnung](#)

Herausforderung:

- (+)
- Viele Menschen fühlen sich von demokratischen Parteien nicht mehr angesprochen und vertreten, die AfD gewinnt weiter an Vertrauen.
 - Die aktuelle Politik vermag es nicht, im Alltag vieler Menschen sicht- und spürbare Verbesserungen zu produzieren.

Relevante Fragestellungen:

- Warum hat die AfD derzeit so starken Zulauf?
- Wie kann die Politik verlorenes Vertrauen in der Bevölkerung zurückgewinnen?
- Welche Strategien demokratischer Parteien sind im Umgang mit der AfD wirksam?
- Welche Reformen sind notwendig, um die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik zu sichern?

Wesentliche Punkte:

- (+)
- Es gibt aktuell Performanzdefizite der Politik – Infrastrukturprobleme sind ein Nährboden für radikale Parteien. Auf der Tagesordnung steht nun die zielgenaue Verwendung der Mittel aus dem Sondervermögen, doch auch diese exorbitante Summe kann die notwendigen Investitionen nicht decken. Es ist unsicher, inwieweit es durch das Sondervermögen zu spürbaren Verbesserungen kommt.
 - Das politische System der Bundesrepublik ist durch Hyperstabilität gekennzeichnet. Die demokratischen Parteien befinden sich jedoch in einem doppelten Parteienwettbewerb, der sie zum Teil überfordert: Einerseits stehen sie in Konkurrenz zueinander, andererseits müssen sie mit den Extremist:innen der AfD einen gemeinsamen Umgang finden. Die große Gefahr für Koalitionen der Mitte ist die Überdehnung von Gemeinsamkeiten, die zu einer Verwässerung des eigenen Profils führt. Demgegenüber wurde angemerkt, dass es nicht so schwer zu unterscheiden ist, wo es um das Land an sich geht und wo das eigene Profil liegt – Zusammenarbeit braucht es insbesondere bei der Verteidigungsfähigkeit.

- (+)
- Parteipolitisch umstritten ist dagegen z. B., wie eine wirklich effektive Klimapolitik ausgestaltet sein soll. Die CDU/CSU setzt auf die Speicherung von Kohlendioxid im Untergrund, um Deutschland als Industrieland konkurrenzfähig zu halten, sowie auf eine Senkung der Gasspeicherumlage, um durch Entlastungen die Akzeptanz bei der Bevölkerung für die Transformation zu erhöhen. Demgegenüber kritisieren die Grünen, dass die staatliche Förderung von Gasspeichern dazu führt, dass die Konkurrenzfähigkeit deutscher Start-ups, die echte Innovativen in der Klimatechnologie hervorbringen, geschwächt wird.
 - Den Parteien der demokratischen Mitte ist es schon lange nicht mehr gelungen, Debatten zu führen, die an die Gesellschaft anschlussfähig sind. Das gelingt den Rechten besser.
 - Der Kampf gegen die AfD ist nicht mit Warnungen vor dem Untergang der Demokratie zu gewinnen. Empirisch zeigt sich, dass potenzielle AfD-Wähler:innen von einem Kreuz bei jener Partei Abstand nehmen, wenn man ihnen das konkrete Programm der Partei vor Augen führt – bei Frauen etwa, dass es mit der AfD keinen Mindestlohn mehr gäbe und Windräder abgebaut würden, bei Männern der angestrebte Austritt aus dem Euro und Binnenmarkt. Auch bessere Problemlösungsfähigkeiten der Politik sind notwendig – etwa eine verlässliche Bahn oder ein Kitaplatz. AfD-Forderungen wie Grenzschließungen zu kopieren, stärken die Partei dagegen nur. Kognitiven Ansätzen sind jedoch Grenzen gesetzt, an den harten Kern der AfD-Wähler:innen kommt man so nicht.
 - Es gibt eine politische Repräsentationskrise. Die Akademisierung der Parlamente ist angesichts der zunehmenden Komplexität des Abgeordnetenberufs nachvollziehbar, führt aber dazu, dass viele Leute keine Ansprechpartner mehr haben.

Forderungen aus der Session:

- (+)
- Es braucht eine Politik, die Probleme im Alltag löst und zu spürbaren Verbesserungen führt.
 - Demokratische Parteien sollten sich einerseits klar profilieren, aber auch einen gemeinsamen Umgang mit der AfD finden.
 - Wichtig ist, dass die Politik Hoffnung stiftet und erklärt, wie es besser werden kann. Die Menschen sollten so angesprochen werden, dass sie auch Teil der Lösung sind – hierzu kann auch die Einführung eines Dienstjahres beitragen.

Viele Menschen fühlen sich von der Politik nicht mehr vertreten. Um dem entgegenzuwirken, sollten demokratische Parteien für Alltagsverbesserungen sorgen, sich auf einen gemeinsamen Umgang mit der AfD verstündigen – und Hoffnung stiften.

c. Demokratie in (der) Transformation

Gesprächspaar:

Hubertus Heil (Mitglied des Deutschen Bundestages/Bundesminister für Arbeit und Soziales, SPD), Julia Reuschenbach (Politikwissenschaftlerin und Autorin, Freie Universität Berlin)

[Link zur Aufzeichnung](#)

Herausforderung:

- Progressive Parteien sehen sich mit einer aufkommenden rechts-extremen Hegemonie konfrontiert.
- Die spannenderen Strategiedebatten führt – zumindest laut ZEIT-Journalist Robert Pausch (ZEIT-Artikel „Rechts dreht auf“) – momentan dennoch die AfD.
- Die progressiven Parteien werden in der Bevölkerung häufig als technokratisch und von der eigenen Lebensrealität entfernt wahrgenommen.

Relevante Fragestellungen:

- Wie sollten progressive Parteien einer immer stärker werdenden AfD entgegentreten?
- Auf welche Inhalte sollten sie setzen, um wieder gesellschaftliche Mehrheiten zu überzeugen?
- Wie lässt sich ambitionierte Transformationspolitik – etwa beim Klimaschutz – umsetzen, ohne bevormundend zu wirken und Akzeptanz zu verlieren?

Wesentliche Punkte:

- Antonio Gramsci hat argumentiert, dass eine rechtsextreme Hegemonie zum italienischen Faschismus geführt hat. Wenn Progressive dieser Hegemonie entgegentreten wollen, müssen sie eine realistische Zuversicht ausstrahlen. Für Zuversicht muss man zusammen mit Konservativen konkrete Policyprobleme lösen. Doch es genügt nicht, Technokraten der Macht zu sein, man muss die Menschen auch begeistern.
- Programmatisch sollte die Sozialdemokratie wieder die Verteilungsfrage in den Mittelpunkt der Debatten rücken – auch wenn dies in einer Koalition mit der Union schwierig ist. Dabei gehe es vor allem um das Missverhältnis bei der Verteilung von Erwerbseinkommen und Unternehmensgewinn. Zum achtten Mal die Bürgerversicherung in ein Parteiprogramm zu schreiben und dann wieder nicht umzusetzen, führt nicht weiter.
- Die SPD sollte „Luft in den Laden“ lassen und mehr Menschen aus den unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft involvieren, um gemeinsam neue Konzepte jenseits der etablierten Parteistrukturen zu entwickeln.
- Die linken Parteien sollten sich nicht noch weiter zersplittern – etwa durch Volt. Dafür ist allerdings auch erforderlich, dass in den etablierten Parteien mehr junge Menschen zum Zuge kommen. Gleichzeitig sollte eine Partei nicht den Eindruck

vermitteln, bei einer Frage fünf Kurse zu haben – etwa die SPD mit dem Russland-Manifest.

- Progressiven geht es immer auch darum, weiter in die Zukunft zu schauen, als Konservativen, z. B. beim Umgang mit der Klimakrise. Im Ahrtal bauen viele Menschen ihre Häuser jedoch genau dort wieder auf, wo sie vor dem Hochwasser standen, obwohl die Behörden davon abraten und Alternativen anbieten. Es sollte jedoch nicht – wie beim Gebäudeenergiegesetz – der Eindruck entstehen, dass Progressive vor Ort diktieren wollen, wie die Menschen leben sollen.

Forderungen aus der Session:

- Progressive Parteien sollten Zuversicht ausstrahlen.
- Die Sozialdemokratie sollte die Verteilungsfrage wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatten rücken.
- Progressive Parteien sollten verkrustete Parteistrukturen öffnen, um neue Konzepte zu entwickeln, und Menschen nicht bevormunden.

Progressive Parteien sollten Zuversicht ausstrahlen, indem sie Probleme lösen, auch die dicken Bretter bohren (Verteilungsdebatten!) und Transformationspolitik so gestalten, dass sie Akzeptanz vor Ort findet.



Liste der Speakers

Amthor, Philipp (Parlamentarischer Staatssekretär, Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung, CDU)

Ataoğlu, Tijen (Mitglied des Deutschen Bundestages, CDU)

Baruck, Juliane (Projektmanagerin, Das Progressive Zentrum/ Projektleiterin, Hallo Bundestag)

Bayaz, Danyal (Minister für Finanzen, Land Baden-Württemberg, Bündnis 90/Die Grünen)

Beck, Ralf-Uwe (Sprecher des Bundesvorstands, Mehr Demokratie e. V.)

Behrends, Friederike (Vorsitzende der Geschäftsführung, Deutsche Postcode Lotterie)

Birkenhäger, Jacob (Geschäftsführer, nexus Institut)

Brantner, Franziska (Mitglied des Deutschen Bundestages und Bundesvorsitzende, Bündnis 90/Die Grünen)

Busemeyer, Marius (Professor für Politikwissenschaft, Universität Konstanz/Sprecher des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“)

Clüber Ashbrook, Cathryn (Executive Vice President und Senior Advisor, Bertelsmann Stiftung)

Czernohorszky, Jürgen (Amtsführender Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal in Wien, SPÖ)

Dänner, Anne (Leiterin, Bildungswerk Mehr Demokratie)

Deilmann, Astrid (Geschäftsführende Vorständin, Campact e. V.)

Erler, Gisela (Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung a.D., Staatsministerium Baden-Württemberg, Bündnis 90/ Die Grünen)

Foroutan, Naika (Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik, Humboldt-Universität zu Berlin)

Fröhlich, Paulina (Stellvertretende Geschäftsführerin und Leitung Resiliente Demokratie, Das Progressive Zentrum)

Gatzka, Claudia (Autorin und Historikerin, Universität Freiburg)

Göring-Eckardt, Katrin (Vizepräsidentin a.D. und Mitglied des Deutschen Bundestages, Bündnis 90/Die Grünen)

Großner, Simone (Staatssekretärin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, CDU)

Gülcibuk, Wiebke (Leiterin Kommunikation und Vorstandsbevollmächtigte, PHINEO)

Hailbronner, Michaela (Professorin für deutsches und internationales öffentliches Recht und Rechtsvergleichung, Universität Münster)



- Hassel, Anke (Professorin für Public Policy, Hertie School)
- Heil, Hubertus (Mitglied des Deutschen Bundestages/Bundesminister für Arbeit und Soziales, SPD)
- Heinrich, Finn (Director für Demokratie und Zusammenhalt, Bertelsmann Stiftung)
- Heising, Eva (Mitgründerin, Demokratische bei openPetition gGmbH)
- Henfling, Madeleine (Mitglied und Vizepräsidentin des Thüringer Landtags a.D., Bündnis 90/Die Grünen)
- von Hilchen, Vanessa (Leitung politische Kommunikation, Zentrum für neue Sozialpolitik)
- Hillje, Johannes (Politik- und Kommunikationsberater)
- Huber, Peter (Bundesverfassungsrichter a.D., Innenminister Thüringen a.D., CDU/CSU)
- Jobelius, Sebastian (Leiter der Gruppe 61 - Digitales und Staatsmodernisierung, Bundeskanzleramt)
- Jung, Andreas (Mitglied des Deutschen Bundestages, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion, CDU)
- Jürgensen, Paul (Senior Grundsatzreferent, Das Progressive Zentrum)
- Krömer, Kristina (Gründerin und leitende Koordinatorin, metro_polis)
- Kühn, Katharina (Journalistin und Autorin, phoenix)
- Künast, Renate (Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz a.D., ehem. Mitglied des Deutschen Bundestages, Bündnis 90/Die Grünen)
- Lau, Mariam (Redakteurin im Bereich Politik, DIE ZEIT)
- Lührmann, Anna (Mitglied des Deutschen Bundestages, Bündnis 90/Die Grünen)
- Manow, Philip (Professor für Internationale Politische Ökonomie, Universität Siegen)
- Manthe, Rainald (Soziologe und Autor/Vorstand, Stiftung Bildung)
- Meinefeld, Ole (Leiter Grüne Akademie und Referent Zeitdiagnose und Diskursanalyse, Heinrich-Böll-Stiftung)
- Menzel-Meyer, Maria (Leiterin Strategische Kommunikation, Das Progressive Zentrum)
- Meyer-Resende, Michael (Mitgründer, Democracy Reporting International)
- Miebach, Michael (Vorstandsmitglied, Das Progressive Zentrum)
- Morris-Lange, Simon (Forschungsleiter, Allianz Foundation)
- Morrkopf-Widlok, Teresa (Leiterin Abteilung Globale Themen, Friedrich-Naumann-Stiftung)

- Nguyen, Mai-An (Leiterin Theaterpädagogik, Berliner Schaubühne)
- Ortleb, Josephine (Vizepräsidentin und Mitglied des Deutschen Bundestages, SPD)
- Oshionwu, Onyeka (Ehrenamtliche Bürgermeisterin der Stadt Göttingen, Bündnis 90/Die Grünen)
- Paus, Lisa (Mitglied des Deutschen Bundestages/Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend a.D., Bündnis 90/Die Grünen)
- Petring, Alexander (Referatsleiter, Bundesministerium der Finanzen)
- Pieper, Sebastian (Projektmanager, Das Progressive Zentrum)
- Pinzler, Petra (Hauptstadtkorrespondentin, DIE ZEIT)
- Quent, Matthias (Professor für Soziologie, Hochschule Magdeburg-Stendal)
- Reuschenbach, Julia (Poltikwissenschaftlerin und Autorin, Freie Universität Berlin)
- Schieritz, Mark (Stellvertretender Ressortleiter Politik, DIE ZEIT)
- Schmitt, Stefan (Wissenschaftskorrespondent im Ressort Wissen, DIE ZEIT)
- Scholz, Christiane (Referentin für Forschung, Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland)
- Schroeder, Wolfgang (Vorstandsvorsitzender, Das Progressive Zentrum)
- Schröder, Annika (Head of Public Affairs, Legal Tech Verband Deutschland)
- Selk, Veith (Privatdozent für Politikwissenschaft, Technische Universität Darmstadt)
- Skóra, Maria (Visiting Fellow, European Policy Centre/Policy Fellow, Das Progressive Zentrum)
- Wallstein, Maja (Mitglied des Deutschen Bundestages, SPD)
- Weissenbach, Kristina (Direktorium NRW School of Governance, Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen)
- Westle, Bettina (Professorin für Methoden der Politikwissenschaft und empirische Demokratieforschung i.R., Philipps-Universität Marburg)
- Widmann-Mauz, Annette (Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin a.D./Ehrenvorsitzende der Frauen Union der CDU)
- Wilke, René (Minister des Innern und für Kommunales, Land Brandenburg)
- Zaby, Andreas (Innovationsmanager, Bundesagentur für Sprunginnovationen)

Autor:innen



Paulina Fröhlich ist Senior Expert Demokratie und Zusammenhalt bei der Bertelsmann Stiftung. Zuvor war sie stv. Geschäftsführerin und Leiterin des Schwerpunkts „Resiliente Demokratie“ beim Berliner Think Tank Das Progressive Zentrum. Dort leitete sie die Demokratiekonferenz „Innocracy“, gestaltete Dialog- und Diskursräume und war Co-Autorin von mehreren Publikationen wie u. a. „Die Übergangenen – Strukturschwach und Erfahrungsstark.“ (2022). Nach ihrem Studium gründete Paulina mit anderen die Initiative Kleiner Fünf, welche Menschen darin unterstützt, mithilfe „radikaler Höflichkeit“ gegen Rechtspopulismus aktiv zu werden. Das politische Geschehen kommentiert sie u.a. für Deutschlandfunk Kultur, sowie regelmäßig bei „Die Frage des Tages“ von Radio3.



Juliane Baruck ist Projektleiterin bei „Hallo Bundestag“. Zwischenzeitlich arbeitete sie als Projektmanagerin im Bereich „Resiliente Demokratie“ beim Progressiven Zentrum. Außerdem forscht sie an der Schnittstelle von Politikwissenschaft und Design im Forschungsprojekt „Redesigning Democratic Representation“ und ist Bundesvorständin von Mehr Demokratie e. V. Am meisten beschäftigen sie Fragen rund um Repräsentation, gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie das Verhältnis von Politik und Gesellschaft. Baruck studierte Philosophie und Politikwissenschaften in Berlin und Amsterdam.



Carl Schüppel ist Junior Projektmanager im Schwerpunkt „Resiliente Demokratie“ beim Progressiven Zentrum. Dort forscht er zu Demokratiepolitik und strukturschwachen Regionen, organisiert die Demokratiekonferenz „Innocracy“ mit und ist Co-Autor von Studien und Diskussionspapieren wie zuletzt „Glück auf, der Aufstieg kommt?“. Zuvor war er Forschungsreferent beim Ombudsgremium für wissenschaftliche Integrität in Deutschland und Schuman Trainee im Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments. Schüppel hat Rechtswissenschaft, Geschichte und europäische Politik in Berlin, Potsdam, Granada, Prag, Leiden und Barcelona studiert und ist Mitgründer und Vorstand von Erasmus by Train e. V.

DAS
PROGRESSIVE
ZENTRUM

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und als gemeinnützig anerkannter Berliner Think Tank. Seit dem Jahr 2007 setzt die Organisation mit Studien, Publikationen und Veranstaltungen Impulse für den gesellschaftlichen Fortschritt. Ihr Ziel ist es, Orientierung in politischen Debatten zu stiften und mit ihrem Netzwerk eine Plattform für Progressive aus Deutschland, Europa und Nordamerika zu bieten – und so einer zukunftsfähigen Gesellschaft ein Stück näherzukommen, die allen gleiche und gute Lebenschancen ermöglicht.

www.progressives-zentrum.org

mail@progressives-zentrum.org

Bluesky: [DPZ Berlin](#)

Instagram: [@dpz_berlin](#)

LinkedIn: [Das Progressive Zentrum](#)



Innocracy

Die bereits siebte demokratiepolitische Konferenz Innocracy25 fand am 26.06.2025 im ZK/U Berlin unter dem Titel „Wie hältst Du's mit der Demokratie?“ statt. Mit über 550 Akteur:innen aus Politik, Wissenschaft, Medien, Kultur und Zivilgesellschaft wollten wir:

- verstehen, in welchem Zustand sich die westlichen Demokratien derzeit befinden;
- aufzeigen, welche Demokratieverständnisse und -behauptungen derzeit im politischen Diskurs und in der Bevölkerung vorherrschen;
- selbstkritisch analysieren, wo die Schwächen und Reformnotwendigkeiten der liberalen Demokratie liegen;
- argumentieren, warum es sich lohnt, unsere Demokratie zu verteidigen und wie das gelingt.



www.innocracy.org

innocracy25@progressives-zentrum.org

#Innocracy25

Impressum

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Progressiven Zentrums auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e. V., 2026. Veröffentlicht im Januar 2026

V.i.S.d.P.:

Dominic Schwickert

c/o Das Progressive Zentrum e.V.
Werftstraße 3
10557 Berlin, Germany

Vorstand:

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Judith Siller, Joachim Knodt

Geschäftsführung:
Dominic Schwickert

Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats:
Prof. Dr. Anke Hassel

Gestaltung:
A Gesture Of (Simon Schindeler, Simon Steinberger)

Lektorat und Satz:
Aaron Remus

www.progressives-zentrum.org
mail@progressives-zentrum.org

Diese Publikation wurde gefördert von



**Robert Bosch
Stiftung**